

Wockenfuß, Christof

**Working Paper**

## Demokratie durch Entwicklungskonkurrenz

Diskussionspapier, No. 2009-17

**Provided in Cooperation with:**

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

*Suggested Citation:* Wockenfuß, Christof (2009) : Demokratie durch Entwicklungskonkurrenz, Diskussionspapier, No. 2009-17, ISBN 978-3-86829-205-3, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-9119>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170327>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Christof Wockenfuß

# Demokratie durch Entwicklungskonkurrenz

Diskussionspapier Nr. 2009-17

---

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,  
hrsg. von Ingo Pies,  
Halle 2009

### *Haftungsausschluss*

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-204-6 (gedruckte Form)  
ISBN 978-3-86829-205-3 (elektronische Form)  
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)  
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

### *Autorenanschrift*

#### **Christof Wockenfuß**

Roennebergstr. 5  
12161 Berlin  
Tel.: +49 (0) 170 2445924  
Fax: +49 (0) 30 20261002  
Email: [chwockenfuss@gmx.de](mailto:chwockenfuss@gmx.de)

### *Korrespondenzanschrift*

#### **Prof. Dr. Ingo Pies**

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Große Steinstraße 73  
06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Fax: +49 (0) 345 55-27385  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

*Kurzfassung*

Wie könnten Demokratisierungsprozesse weltweit wirksamer gefördert werden als bisher? Einige Autoren schlagen zu diesem Zweck bilaterale Verträge über einen Tausch von Entwicklungshilfe als Gegenleistung für institutionelle Reformen in Richtung Demokratie vor. Aus der Perspektive der Normativen Institutionenökonomik lassen sich jedoch zwei Probleme kollektiven Handelns identifizieren, die eine solche Entwicklungszusammenarbeit gegenwärtig erheblich erschweren. Diese Probleme könnten durch einen geeigneten Mechanismus globaler Governance überwunden werden. Die zentrale Idee des hier skizzierten Lösungsvorschlages ist die Herstellung von „Entwicklungskonkurrenz“ zwischen den Regierungen der Ziel-länder zum Zwecke der Demokratieförderung.

*Schlüsselwörter:* Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungskonkurrenz, Global Governance, Normative Institutionenökonomik

*JEL-Klassifikation:* D52, D78, F35, F51, F55, H87

*Abstract*

## Fostering Democracy Through Development Competition

By what means could the transition towards a democratic system be more readily facilitated? A number of scholars argue in favor of development contracts, proposing to provide development aid only in exchange for democratization. However, from the vantage point of constitutional political economics, two free rider problems can be identified. These two complicating factors make such exchanges difficult, if not impossible to arrange. However, to overcome both problems, this paper sketches a hypothetical mechanism of global governance, consisting of several strategies of commitment. The solution suggested here implies creating “development competition” between the governments of target countries in order to encourage processes of endogenous democratization.

*Keywords:* Democracy Assistance, Development Cooperation, Development Competition, Global Governance, Constitutional Political Economics

*JEL-Classification:* D52, D78, F35, F51, F55, H87



# Demokratie durch Entwicklungskonkurrenz

Christof Wockenfuß\*

## 1. Problemstellung

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich im entwicklungspolitischen Diskurs neben dem traditionell proklamierten ‚wirtschaftlichen‘ Ziel der Armutsbekämpfung eine zweite, genuin politische Zieldimension etabliert: die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Unmissverständlich heißt es in der *United Nations Millennium Declaration*: „We will spare no effort to promote democracy and strengthen the rule of law, as well as respect for all internationally recognized human rights and fundamental freedoms.“<sup>1</sup>

Trotz solcher Absichtserklärungen lebten jedoch im Jahr 2008 nur 46% der Weltbevölkerung in Ländern, die in Bezug auf politische Rechte und Bürgerfreiheiten als ‚frei‘ eingestuft werden (vgl. Abb.1a). Und auch in dynamischer Betrachtung ergibt sich kein günstigeres Bild: Die sogenannte „dritte Demokratisierungswelle“<sup>2</sup> ist bereits Mitte der 1990er Jahre verebbt. Seitdem zählt beispielsweise die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House weltweit mal einige mehr, mal einige weniger als 120 Demokratien, und genau 119 für das Jahr 2008 (vgl. Abb. 1b). Dieser Zählung zufolge hat also seit über einem Jahrzehnt weltweit netto *so gut wie keine* ‚Demokratisierung‘ mehr stattgefunden.

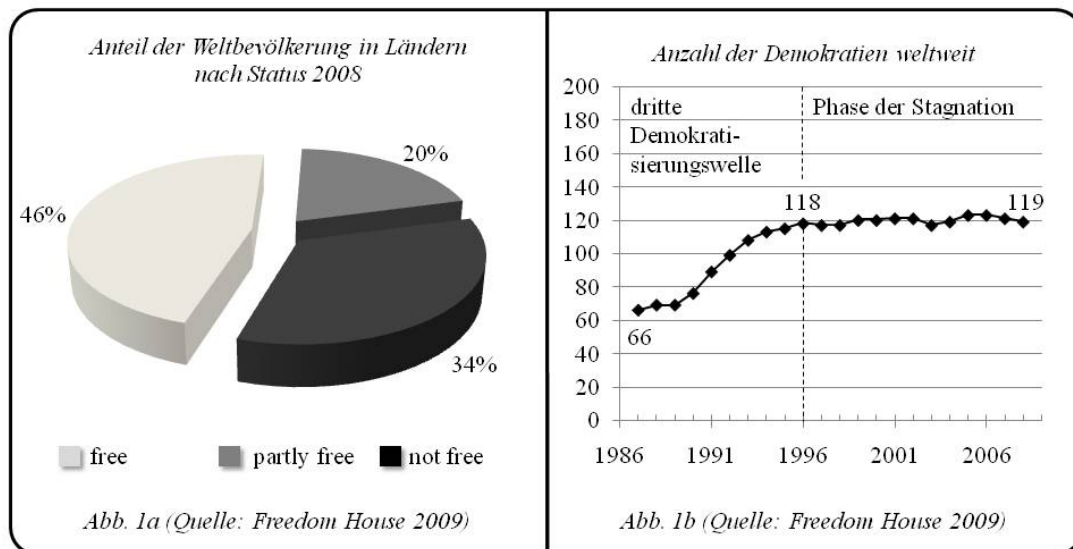


Abb. 1: Freiheit und Demokratie weltweit im Jahr 2008

\* Für intensive Diskussionen und viele wertvolle Anregungen möchte ich Ingo Pies, Stefan Hielscher und Emily Calaminus herzlich danken.

<sup>1</sup> UNO (2000; S. 6); ähnlich bereits Sen (1999; S. 5).

<sup>2</sup> Huntington (1991).

Dies ist eine ernüchternde Bilanz. Demokratie lässt sich offenbar weit schwieriger tatsächlich fördern, als sie sich rhetorisch fordern lässt.<sup>3</sup> Theorie und Praxis, Semantik und Sozialstruktur der Demokratieförderung klaffen unübersehbar auseinander. Dann aber stellt sich die Frage, wie eine problemlösungsrelevante Theorie der Demokratieförderung eigentlich *konstruiert* werden müsste, um in der Lage zu sein, diese eklatante Diskrepanz zwischen artikuliertem Wollen und praktischem Können überwinden zu helfen.

Nun kann ein dermaßen komplexer Untersuchungsgegenstand natürlich aus keiner theoretischen Perspektive jemals vollständig abgebildet werden. Um aber aus dieser vermeintlichen Not eine Tugend zu machen, wird hier vorgeschlagen, als Heuristik zur Komplexitätsreduktion die *Normative Institutionenökonomik* zu nutzen.<sup>4</sup> Dieser Ansatz setzt auf eine systematische Integration positiver und normativer Analyse. Formelhaft zugespitzt, geht es um eine „Erklärung zwecks Gestaltung“.<sup>5</sup> Dabei sei grundsätzlich wie folgt vorzugehen: Zunächst ist in dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand – hier: Demokratieförderung – nach Situationen kollektiver Selbstschädigung (d.h. nach Problemen kollektiven Handelns bzw. nach sozialen Dilemmastrukturen) zu suchen.<sup>6</sup> Denn solche Dilemmastrukturen könnten in einem zweiten Schritt durch die Implementierung geeigneter institutioneller Bindungen pareto-superior überwunden werden.<sup>7</sup> Ein solcher Theorieaufbau hat zwei Vorzüge: Gelingt es, zur Problemlösung geeignete Bindungsmechanismen theoretisch zu (er)finden, so wäre deren Implementierung in der Praxis moralisch ziemlich unproblematisch, weil *konsensfähig*.<sup>8</sup> Und gerade deshalb kann die Implementierung auch *anreizkompatibel* sein, denn alle betroffenen Parteien könnten davon profitieren.

Die Anwendung dieses Ansatzes auf das Politikfeld der Demokratieförderung führt hier zu drei Thesen: Erstens lassen sich zwei dilemmatische Konstellationen herausarbeiten, deren simultanes Vorliegen die Wirksamkeit der verschiedensten Maßnahmen der externen Demokratieförderung gegenwärtig erheblich beeinträchtigt. Es wäre jedoch – zweitens – möglich, diese Dilemmastrukturen durch die Implementierung eines geeigneten Mechanismus globaler Governance zu überwinden. Dabei könnte – so die dritte, zentrale These – *Konkurrenz als Instrument gesellschaftlicher Kooperation* für die Demokratieförderung in Dienst genommen werden.

Die Thesen werden in drei Schritten entwickelt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein etablierter Ansatz aus der Public-Choice-Literatur und eine resultierende Politikempfehlung: Ronald Wintrobe<sup>9</sup> modelliert den Status quo in den Zielländern der Demokratieförderung als Gleichgewicht einander widerstrebender politischer Kräfte. Um nun ein solches Gleichgewicht sukzessive in Richtung Demokratie zu verschieben, schlägt (nicht nur) Wintrobe vor, Entwicklungshilfetransfers aller Art *vertraglich* an von den Regierungen der Zielländer selbst auszugestaltende und umzusetzende politisch-

<sup>3</sup> Vgl. Riddell (1999; S. 330), Burnell (2000a; S. 345), Crawford (2005; S. 587-591).

<sup>4</sup> Vgl. Pies (1993) und Petrick/Pies (2007); vgl. ferner Homann/Pies (1994a) und (1994b), Suchanek (2001), Lütge/Homann (2006). Neuerdings firmiert dieser ordnungspolitisch inspirierte Ansatz unter der Bezeichnung ‚Ordonomik‘. Vgl. hierzu ausführlich Pies (2009), Pies/Beckmann/Hielscher (2009a) und (2009b), Pies/Hielscher/Beckmann (2009) sowie Beckmann (2009).

<sup>5</sup> Pies/Homann (1994a; S. 5).

<sup>6</sup> Vgl. Olson (1965); Nash (1951); Luce/Raiffa (1957; S. 94-102).

<sup>7</sup> Vgl. Elster (1979), Pies (1993; S. 170); Schelling (2006a; S. 1) und (2006b; S. 108).

<sup>8</sup> Vgl. Buchanan/Tullock (1962); Rawls (1979), Schelling (2009).

<sup>9</sup> Wintrobe (1990), (1998), (2001). Diese Idee findet sich bereits bei Gordon Tullock (1987; S. 191, Abb. 9-1).

institutionelle Reformen in Richtung Demokratie zu knüpfen: ‚Entwicklungshilfe gegen Demokratisierung‘, so lautet das Rezept. Und solche Entwicklungsverträge könnten tatsächlich anreizkompatibel und konsensfähig sein. Allerdings setzt dies die Existenz eines Marktes voraus, auf dem derartige Tauschakte abgewickelt werden könnten.

Da sich aber ein solcher Markt in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bislang durchaus nicht beobachten lässt, wird Wintrobés Theorie im nächsten Schritt interaktionsökonomisch erweitert. Denn bei den empfohlenen Tauschakten handelt es sich um *Interaktionen*, die sich aus Wintrobés *reaktionsökonomischer* Perspektive nicht analysieren lassen. Zur Rekonstruktion kann auf zahlreiche Argumente zurückgegriffen werden, die in der Literatur aus ganz unterschiedlichen – auch nicht-ökonomischen – Perspektiven gegen die politische Konditionierung von Entwicklungshilfe qua Vertragsabschluss vorgebracht werden. Die Einwände lassen sich als zwei soziale Dilemmastrukturen modellieren. Das simultane Vorliegen dieser Dilemmastrukturen dürfte die Abwicklung wechselseitig vorteilhafter Tauschakte von Entwicklungshilfe gegen Demokratisierung gegenwärtig ver- oder zumindest stark behindern.

Im vierten Teil des Beitrags wird untersucht, ob und wie diese Dilemmastrukturen überwunden werden könnten. Es wird ein idealtypischer Mechanismus globaler Governance entworfen, der theoretisch in der Lage wäre, dies zu leisten. Die zentrale Idee des Vorschlags besteht darin, Entwicklungshilfegelder weltweit auf das jeweils zu erreichende Entwicklungsziel – hier: Demokratisierung – *auszuschreiben*, um die Regierungen der Zielländer in einen *Wettbewerb* um die ausgeschriebenen Mittel zu versetzen. Dadurch ließen sich Anreize zur Nutzung lokalen Wissens und zur Ausschöpfung bisher ungenutzter politisch-institutioneller Entwicklungspotentiale schaffen.

Der Beitrag schließt mit Überlegungen dazu, welche Implikationen sich aus dieser Perspektive für die Theorie und Praxis der Demokratieförderung ergeben – und welche (noch?) nicht.

## 2. Demokratieförderung aus reaktionsökonomischer Perspektive

Jeder Therapieversuch setzt eine Diagnose voraus, die erklärt, was einen als unbefriedigend empfundenen Status quo verursacht. Deshalb wird hier zunächst eine etablierte ökonomische Theorie der Diktatur – aus Platzgründen: leicht vereinfacht – vorgestellt. Anhand dieser Theorie lässt sich dann eine in der Literatur umstrittene Politikempfehlung diskutieren: der Abschluss bilateraler Entwicklungsverträge.

### 2.1 Eine reaktionsökonomische Theorie der Diktatur

Um alle potentiellen Zielländer der Demokratieförderung abdecken zu können, kann man gedanklich zunächst vom Extremfall einer idealtypischen Diktatur ausgehen, in welcher die Regierung die politischen Institutionen (Polity) des Regimes vollständig monopolisiert. Eine solche Regierung modelliert Ronald Wintrobe<sup>10</sup> als rationalen Diktator. Dieser ist definitionsgemäß *de jure* allmächtig, d.h. er hat Zugriff auf die gesamten Ressourcen des Regimes, und er kann jede Politik (Policy) diktieren, die ihm beliebt. Allerdings kann selbst Wintrobés idealtypischer Diktator niemals *de facto* all-

---

<sup>10</sup> Wintrobe (1990), (1998), (2001).



mächtig sein, denn begrenzt sind und bleiben stets die Ressourcen, die ihm bei der Verfolgung seiner Ziele zur Verfügung stehen.<sup>11</sup>

Welche Ziele soll man einem solchen Diktator unterstellen? Wintrobe nimmt an, dass Diktatoren einerseits nach privatem Konsum<sup>12</sup>, andererseits nach der De-facto-Ausübung politischer Macht streben. Beide Aktivitäten sind mit Ressourcenverzehr, d.h. mit *Kosten* verbunden. Geht man von gegebenen Preisen pro Einheit Konsum (z.B. pro Sportwagen) und Machtausübung (z.B. pro befolgten Befehl) aus und nimmt man ferner – gemäß dem ersten Gossenschen Gesetz – positive, abnehmende Grenznutzen dieser beiden Güter an, dann wird ein rationaler Diktator – gemäß dem zweiten Gossenschen Gesetz – nur ein mit den insgesamt verfügbaren Ressourcen erreichbares und aus seiner subjektiven Sicht nutzenmaximierendes Mischungsverhältnis aus privatem Konsum und politischer Machtausübung wählen können.

Es stellt sich weiter die Frage, wie ein solcher Diktator denn nun *de facto* Macht ausüben kann. Zur Beantwortung dieser Frage unterteilt Wintrobe alle denkbaren Maßnahmen, die der ‚Machtproduktion‘ dienen könnten, in zwei Klassen: Erstens kann der Diktator sich die politische Unterstützung von Teilen der Bevölkerung durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und durch die Gewährung von Privilegien erkaufen. Zweitens kann er zum Mittel der willkürlichen Androhung oder Ausübung von Gewalt greifen, um auf diese Weise die Missachtung seiner Befehle riskanter zu machen. Die erste Strategie nennt Wintrobe den Kauf von „Loyalität“, die zweite nennt er „Repression“. Beide Strategien sind erneut mit Kosten verbunden. Geht man auch hier von gegebenen Preisen pro Einheit Loyalität (z.B. pro Krankenhaus) und Repression (z.B. pro Schützenpanzer) sowie von einer positiven, abnehmenden Grenzproduktivität dieser beiden Einsatzfaktoren im Prozess der Machtproduktion aus (d.h. die ersten Krankenhäuser und Schützenpanzer stiften relativ viel, weitere immer weniger Machtzuwachs), dann kombiniert ein jeder rationaler Diktator bei gegebenem Staatsbudget die Strategien Loyalitätskauf und Repression in einer Weise, so dass das resultierende Machtniveau maximal ist (vgl. Punkt  $G_0$  in Abb. 2a).

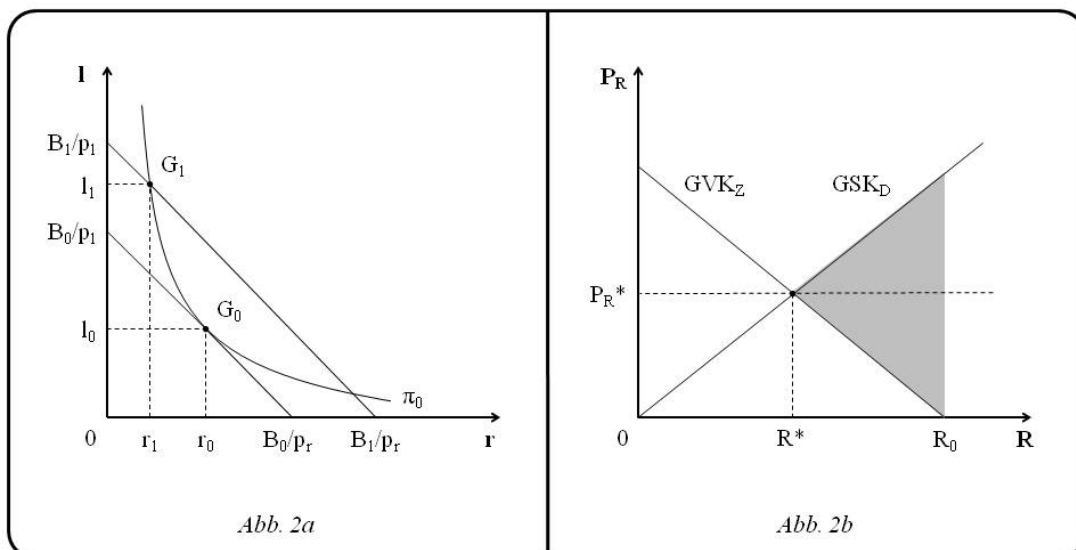


Abb. 2: Wintrobes Politikempfehlung und ihre theoretischen Implikationen

<sup>11</sup> Ähnlich Burnell (2006; S. 546), Acemoglu/Robinson (2006; S. 21). Vgl. auch Wockenfuß (2007b).

<sup>12</sup> So auch die bekannten Kleptokratiemodelle von Olson (1993), (2000).

Wintrobes Ergebnis: Denkt man beide Maximierungsentscheidungen simultan, dann wählt jeder rationale Diktator bei gegebenen Präferenzen und Restriktionen ein aus seiner subjektiven Sicht nutzenmaximierendes Niveau der Variablen privater Konsum, Machtausübung, Loyalität und Repression.

Interessanterweise ist nun diese Theorie, gerade weil sie so abstrakt und allgemein formuliert ist, auch beispielsweise auf Semi-Diktaturen und auf „defekte Demokratien“<sup>13</sup>, ja im Prinzip sogar auf sämtliche potentiellen Zielländer der Demokratieförderung anwendbar. Denn wenn man systematisch *allen* politischen Entscheidungsträgern unterstellt, an privatem Konsum und politischer Gestaltung interessiert zu sein, dann müssen in den Zielländern der Demokratieförderung gewisse Defizite *institutioneller Art* bestehen, die es den dort Regierenden erlauben, bei der Machtausübung – in mehr oder weniger großem Umfang – auf die willkürliche Androhung oder Ausübung von Gewalt (in Wintrobes Terminologie: auf ‚Repression‘) zu setzen.<sup>14</sup>

Wintrobes Theorie ist also zunächst einmal geeignet, den politischen Status quo in den Zielländern der Demokratieförderung theoretisch sehr sparsam als Gleichgewicht zu erklären, von dem abzuweichen die jeweiligen Machthaber kein Interesse haben, da ihnen dies Kosten in Form eines Nutzenverlusts bescheren würde. Doch bleibt Wintrobe an diesem Punkt nicht stehen. Vielmehr dient ihm seine positive Diagnose als Grundlage für einen normativen Therapievorschlagn, der geeignet sei, das politische Gleichgewicht in den Zielländern sukzessive in Richtung Demokratie zu verschieben. Wie ist es um diesen Anspruch bestellt?

## 2.2 Das Konzept bilateraler Entwicklungsverträge

Im nächsten Schritt untersucht Wintrobe, wie seine rationalen Diktatoren auf die üblichen entwicklungspolitischen Maßnahmen reagieren würden. Knapp zusammengefasst, lautet sein Ergebnis: Sämtliche Maßnahmen, die sich als Ressourcentransfer interpretieren lassen (Entwicklungshilfeprojekte, unkonditionierte Budgethilfen, etc.), ermöglichen es den Regierungen der Zielländer, die dadurch zusätzlich verfügbar werdenden Ressourcen nicht allein für tendenziell armutslindernden ‚Loyalitätskauf‘ (z.B. in Form zusätzlicher Krankenhäuser) einzusetzen, sondern eben auch für den privaten Konsum der Staatsführung und für Repression. Die Folgen wären Korruption und ein Anstieg des Repressionsniveaus, d.h. ein negativer Demokratisierungseffekt.<sup>15</sup> Sanktionen (oder militärische Bedrohung) hingegen könnten zwar die Regierungen der Zielländer schwächen und sie dadurch zur Verringerung des Repressionsniveaus zwingen. Solche Maßnahmen könnten jedoch gleichzeitig Armutsprobleme in den Zielländern verschärfen oder gar zum politischen Zusammenbruch bestimmter Regimes führen – mit dann allerdings schwer abschätzbaren und aus Sicht demokratischer Regierungen oft unerwünschten Folgen.<sup>16</sup>

Dieser unbefriedigende Befund führt Wintrobe<sup>17</sup> dazu, folgende alternative Politikempfehlung zu formulieren: Demokratische Regierungen sollten systematisch alle Maßnahmen, die der Regierung eines Ziellandes – direkt oder indirekt – zusätzliche

<sup>13</sup> Merkel et al. (2006).

<sup>14</sup> Vgl. Pies/Wockenfuß (2008; S. 415, Abb. 5b).

<sup>15</sup> Vgl. Hierzu ausführlich Pies/Wockenfuß (2008; S. 418f, Abb. 7); ähnlich Brown (2005; S. 195).

<sup>16</sup> Eine ausführlichere Analyse findet sich bei Pies/Wockenfuß (2008; S. 416f).

<sup>17</sup> Vgl. Wintrobe (1990; S. 869), (1998; S. 68), (2001; S. 53).

Ressourcen zuführen, *vertraglich*<sup>18</sup> an Auflagen über eine Absenkung des Repressionsniveaus knüpfen, wobei die Regierungen der Zielländer die hierzu notwendigen Einzelmaßnahmen selbst wählen<sup>19</sup> und selbst umsetzen<sup>20</sup> könnten. Durch solche Entwicklungsverträge ließen sich friedliche Transformationsprozesse in Richtung Demokratie begünstigen, ohne dass der Zivilbevölkerung in den Zielländern dadurch ein wirtschaftlicher Schaden entstünde und ohne dass die betreffenden Regimes unkontrollierbar destabilisiert würden.<sup>21</sup>

Abb. 2a veranschaulicht Wintrobes Politikempfehlung: Auf der Abszisse ist das Repressionsniveau  $r$ , auf der Ordinate das Loyalitätsniveau  $l$  abgetragen. Die Preise dieser beiden Einsatzfaktoren im Prozess der Machtproduktion heißen  $p_r$  und  $p_l$ . Die diagonal verlaufenden Budgetgeraden  $B_0$  und  $B_1$  stellen das zur Machtproduktion verwendete Staatsbudget des Ziellandes vor bzw. nach dem Ressourcentransfer dar. Diese Budgets können für den Kauf von Loyalität und für Repression verwendet werden. Verschiedene Mengenkombinationen von Loyalität und Repression würden jeweils zu verschiedenen Machtniveaus  $\pi$  führen. Das mit dem Staatsbudget  $B_0$  maximal erreichbare – und deshalb im Status quo vorfindliche – Machtniveau ist durch die Machtisokuante  $\pi_0$  dargestellt. Der Punkt  $G_0$  bezeichnet das Ausgangsgleichgewicht.

Wintrobes Empfehlung lautet nun, der Regierung eines Ziellandes zusätzliche Ressourcen bereitzustellen. In Abb. 2a führt dies zu einer Rechtsverschiebung der Budgetgeraden von  $B_0$  nach  $B_1$ . Gleichzeitig soll sich jedoch die Regierung des Ziellandes dazu verpflichten, das Repressionsniveau sukzessive auf ein zuvor vertraglich vereinbartes Niveau abzusenken. Dies wäre ihr durchaus möglich, denn mit den nun zusätzlich verfügbaren Mitteln könnte sie einen Anstieg des Loyalitätsniveaus auf  $l_1$  finanzieren. Bei diesem höheren Loyalitätsniveau bedürfte es ceteris paribus nur noch des Repressionsniveaus  $r_1$ , um das ursprüngliche Machtniveau  $\pi_0$  zu halten. Das Gleichgewicht ließe sich vom Punkt  $G_0$  zum Punkt  $G_1$  verschieben und das Repressionsniveau entsprechend auf  $r_1$  absenken. Ein Beispiel mag dies illustrieren: Wintrobe könnte der US-Regierung raten, eine Milliarde Dollar an die nordkoreanische Führung zu überweisen, wenn diese im Gegenzug zusagt, innerhalb einer bestimmten Frist Reformen umzusetzen, welche das Rating von Nordkorea in einem Menschenrechts- oder Freiheitsindex um einige Punkte verbessern.

Dies wäre gelinde gesagt eine recht unkonventionelle Empfehlung, denn im Gegensatz zur heute üblichen<sup>22</sup> Allokation von Entwicklungshilfegeldern anhand von *Mindeststandards*, welche die Empfängerländer zunächst erfüllen müssen, empfiehlt Wintrobe ausdrücklich, selbst mit den repressivsten Diktaturen zu kooperieren, um aus westlicher Sicht in die ‚richtige‘ Richtung ablaufende Transformationsprozesse gerade dort fördern zu können, wo dies bislang unmöglich zu sein scheint.

Die Befürworter solcher Entwicklungsverträge nehmen also die Rede von der Entwicklungszusammenarbeit wortwörtlich und konzeptualisieren Entwicklungshilfe nicht als einseitigen Transfer, sondern als *Tausch* von Leistung und Gegenleistung. Analog wird auch Demokratisierung nicht etwa als Umverteilung politischer Macht gedacht –

<sup>18</sup> Ähnlich Stoltenberg (1989), Ofstad et al. (1991), Emmerji (1993).

<sup>19</sup> Ähnlich Wedel (1998), Santiso (2001; S. 171).

<sup>20</sup> Ähnlich Carothers (1999; S. 260), Burnell (2000a; S. 346).

<sup>21</sup> Ebenso Brown (2005; S. 195).

<sup>22</sup> Vgl. hierzu Hoebink/Stokke (2005), Hout (2007).

d.h. als Entmachtung unerwünschter Regierungen zugunsten anderer Akteure<sup>23</sup> –, sondern als zwar fremdfinanzierte, aber *freiwillige* Absenkung des Repressionsniveaus durch die uneingeschränkt souveränen Regierungen der Zielländer selbst.

Dieser Einfall hat den Charme, auf Anreizkompatibilität und Konsensfähigkeit abzu zielen. Denn freiwillig geschlossene Verträge würden keinerlei Widerstände erzeugen, die dann zu brechen für alle Beteiligten mit Konfliktkosten monetärer und nicht-monetärer Art verbunden wäre und höchst strittige Legitimationsfragen heraufbeschwören würde.<sup>24</sup>

Um allerdings diese Idee plausibilisieren zu können, sieht sich Wintrobe veranlasst, seiner Theorie noch zwei zusätzliche Modellannahmen hinterherzuschicken: In seiner Modellwelt verfolgen demokratische Regierungen *keine anderen* Ziele als die Absenkung des Repressionsniveaus in den Zielländern,<sup>25</sup> und die entsprechenden Verträge sind vollständig und kostenlos *durchsetzbar*.<sup>26</sup> Offensichtlich handelt es sich hier um Ad-hoc-Annahmen. Aber es spricht nicht gerade gegen Wintrobes Scharfsinn, dass er genau diese beiden Annahmen trifft, denn gegenteilige Annahmen würden den Begriff des Vertrags aufheben: Wenn demokratische Regierungen dieses Ziel *nicht* verfolgen würden und/oder wenn solche Verträge vorhersehbar *nicht* eingehalten würden, dann handelte es nicht mehr um wechselseitig vorteilhafte Tauschakte, sondern bloß wieder um einseitige Transfers an diktatorische Regimes – mit all ihren zuvor beklagten unerwünschten Nebenwirkungen, die Wintrobe ja gerade zu vermeiden beabsichtigt.

Dann aber unterläuft Wintrobe ein Non-Sequitur-Fehlschluss. Denn aus der Gesamtheit dieser Modellannahmen folgt nun nicht mehr die oben dargestellte Politikempfehlung (vgl. Abb. 2a). Vielmehr folgt daraus die Hypothese, dass ein idealtypischer globaler Markt für Repressionsabbau *bereits existiere*, auf dem entsprechende Verträge abgeschlossen würden – und dies in einem pareto-optimalen Umfang. Denn Wintrobe nimmt an, dass die Regierungen der Zielländer das Repressionsniveau durchaus absenken könnten, dies aber nicht wollen, da ihnen dadurch Kosten entstünden, für die sie – mindestens – kompensiert werden müssten. Folglich müsste eine globale *Angebotsfunktion* für repressionsenkende Reformen bestehen, die in Abb. 2b als von rechts nach links zu lesende Grenzvermeidungskostenkurve GVK<sub>Z</sub> der Regierungen aller Zielländer dargestellt ist. Der Punkt R<sub>0</sub> bezeichnet hier das globale Repressionsniveau im Status quo. Ferner unterstellt Wintrobe, dass auch eine Zahlungsbereitschaft für Repressionsabbau seitens demokratischer Regierungen besteht. Folglich müsste eine globale *Nachfragefunktion* existieren, die in der Abbildung als Grenzschadenskostenkurve GSK<sub>D</sub> aller

<sup>23</sup> So stellen sich nämlich z.B. Mullerson (1997; S. 135), Riddell (1999; S. 330), Palmer (2003) oder Ober (2007; 71f) das vor.

<sup>24</sup> Vgl. Merkel (2008), Grimm/Merkel (2008).

<sup>25</sup> Wintrobe (1990; S. 868): „I assume throughout that the only aim of Western governments is to promote freedom; that is, that the countries of the West have no strategic or economic interest in these countries other than the promotion of freedom for their people.“ Oder Wintrobe (1998; S. 334): „Suppose, idealistically, that the only goal of Western policy is to reduce repression.“ Ebenso Wintrobe (2001; S. 51): „Suppose we assume that the sole interest of the democracies is to promote freedom.“

<sup>26</sup> Wintrobe (1998; S. 68): „Assuming that this constraint can be made effective – that is, assuming that violations can be properly monitored and that the constraint is binding – we find that the (...) [dictator] will be constrained to impose a level of repression lower than R<sub>0</sub>.“ Ähnlich Wintrobe (2001; S. 54): „The policies advocated here (...) do carry a real danger in that the dictator will accept the aid and promise liberalization down the road only to renege when the time comes. But this just means the agreements have to be monitored and enforced.“

demokratischen Regierungen dargestellt ist. Wenn nun Verträge über einen Tausch von Entwicklungshilfe gegen Repressionsabbau tatsächlich vollständig und kostenlos durchsetzbar wären – auch dies unterstellt Wintrobe –, dann würden sie von rationalen Regierungen natürlich bereits abgeschlossen. In diesem Fall existierte der in Abb. 2b idealtypisch dargestellte entwicklungspolitische Markt, auf dem demokratische und noch nicht hinreichend demokratische Regierungen solange friedlich und zu ihrem wechselseitigen Vorteil Entwicklungshilfe gegen Repressionsabbau tauschen würden, bis alle in der Abbildung grau hinterlegt dargestellten Potentiale wechselseitiger Besserstellung ausgeschöpft wären. Als Marktgleichgewicht stellte sich die pareto-optimale Preis-Mengenkombination ( $P_R^*$ ,  $R^*$ ) ein.

Wintrobes Theorie impliziert also strenggenommen keine Politikempfehlung, sondern die Hypothese, dass sich alle Probleme der externen Demokratieförderung durch eine in der Tat sehr unsichtbare Hand des Marktes in wechselseitiges Wohlgefallen auflösen müssten. Dieses Szenario mutet höchst kontraintuitiv an. Offensichtlich existiert ein solcher Markt nicht. Existierte er, dann fände sich in den Finanzteilen unserer Tageszeitungen zwischen Wechselkursen und Rohstoffpreisen ein Weltmarktpreis pro Einheit Repressionsabbau. Natürlich findet sich der dort nicht. Es lässt sich also sehr leicht feststellen, dass man Demokratie, Menschenrechte oder niedrigere Repressionsniveaus nicht einfach kaufen kann. Aber das bedeutet keineswegs, dass dies notwendig so bleiben muss. Denn es ließen sich unzählige Beispiele für ökonomische Güter finden, die ursprünglich keine solchen waren, die dann aber *handelbar gemacht* wurden. Man denke nur etwa an Grund und Boden oder an den erst seit kurzer Zeit möglichen Handel mit Kohlendioxidemissionsrechten.<sup>27</sup> Es stellt sich also nicht etwa die Frage, *ob* man Demokratie kaufen kann, sondern *warum* dies bislang nicht möglich ist. Nun ist aber Wintrobes *reaktionsökonomische* Theorie nicht besonders gut geeignet, um Hindernisse aufzudecken, die solchen wechselseitig vorteilhaften *Interaktionen* im Wege stehen könnten, weil Wintrobe nur eine der beiden Marktseiten – die Regierungen der Zielländer – explizit modelliert, während die andere Marktseite – demokratische Regierungen – bestenfalls in Form von Ad-hoc-Annahmen in Erscheinung tritt. Wintrobes Theorie fehlt gewissermaßen noch die zweite Hälfte.

### 3. Demokratieförderung aus interaktionsökonomischer Perspektive

Angesichts der Tatsache, dass sich bilaterale Demokratisierungsverträge in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bislang kaum beobachten lassen, dürfte es wenig überraschen, dass in der Fachliteratur vielerlei Argumente gegen solche Entwicklungsverträge und politisch konditionierte Zahlungen vorgebracht werden. Diese Einwände lassen sich zunächst zwei Problemkomplexen zuordnen, die in einem zweiten Schritt interaktionsökonomisch als soziale Dilemmastrukturen rekonstruiert werden.

---

<sup>27</sup> Vgl. Schelling (2006c; S. 180).

### 3.1 Zur Kritik am Konzept bilateraler Entwicklungsverträge

Wie bereits gesagt, trifft Wintrobe zur Plausibilisierung seiner Politikempfehlung die Modellannahme, dass demokratische Regierungen kein anderes Ziel als Repressionsabbau in politischen Entwicklungsländern verfolgen würden. Diese Annahme erscheint allerdings nicht nur ihrerseits wenig plausibel, sondern sie steht auch im Widerspruch zu jeder ökonomischen Theorie (in der es stets um *konkurrierende* Ziele angesichts begrenzter Mittel geht) und auch im Widerspruch zu zahlreichen nicht-ökonomischen Theorien (z.B. zu allen Varianten des Realismus in den Internationalen Beziehungen).

Viel plausibler wäre es gewesen, zu argumentieren, dass demokratische Regierungen *neben* vielen anderen Interessen *auch* eines an Demokratisierung haben. Denn (weltweit netto mehr) Demokratisierung könnte für demokratische Regierungen erhebliche wirtschaftliche und strategisch-politische Vorteile mit sich bringen. In diese Richtung wird Wintrobe wohl auch gedacht haben, denn in einer späteren Veröffentlichung betont er selbst die äußerst geringe Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte zwischen Demokratien.<sup>28</sup> Je weniger Nicht-Demokratien also weltweit verbleiben, desto stärker könnten demokratische Regierungen ihre Verteidigungsbudgets kürzen und die eingesparten Mittel alternativen Verwendungen zuführen.<sup>29</sup> Auch könnte man an günstigere Bedingungen für Freihandel und ausländische Direktinvestitionen denken, oder an vielleicht wirkungsvollere entwicklungspolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, wenn diese in hinreichend demokratisch verfassten Zielländern und in einem Umfeld von Good Governance zur Anwendung kommen könnten.<sup>30</sup> Eine ‚vierte Demokratisierungswelle‘ wäre also höchst wahrscheinlich im Interesse demokratischer Regierungen.

Nur bringt dieses Argument, so plausibel es auch sein mag, leider theoretisch nicht viel ein, weil sich aus einem solchen Interesse *neben anderen* noch immer nicht herleiten lässt, dass demokratische Regierungen tatsächlich bereit wären, für Repressionsabbau Zahlungen zu leisten. Dies wäre nämlich nur dann der Fall, wenn es sich bei Repressionsabbau um ein *privates* ökonomisches Gut handelte, das ausschließlich derjenige konsumieren kann, der es erworben hat. Doch von Transformationsprozessen, die in irgendeinem Land der Welt stattfinden, könnten *alle* demokratischen Regierungen profitieren – auch diejenigen, die nichts dazu beigetragen haben, diese Prozesse zu fördern. Folglich ist Repressionsabbau nicht als *privates*, sondern als globales *öffentliches* Gut<sup>31</sup> zu konzeptualisieren. Und potentielle Nutzer eines öffentlichen Gutes haben bekanntlich einen aus kollektiver Sicht nur suboptimal niedrigen Anreiz, sich freiwillig an den Kosten der Bereitstellung zu beteiligen. Jeder potentielle Nutzer sieht sich einem Anreiz zum Trittbrettfahren ausgesetzt. Und solange dieses Problem kollektiven Handelns nicht überwunden ist, steht nicht zu erwarten, dass demokratische Regierungen freiwillig hinreichend große Geldbeträge bereitstellen werden, um solche Entwicklungsverträge mit nicht-demokratischen Regierungen abzuschließen, selbst wenn sie ein noch so großes gemeinsames Interesse an Demokratisierung haben mögen.

<sup>28</sup> Wintrobe (2001; S. 52). Vgl. hierzu Sobek et al. (2006); Maoz/Abdolali (1989); Doyle (1986); Babst (1967).

<sup>29</sup> Vgl. Crawford (2005), De Mesquita (2006; S. 640), Brainard (2007).

<sup>30</sup> Vgl. Burnside/Dollar (1997) und (2004).

<sup>31</sup> Vgl. hierzu grundlegend Hirshleifer (1983), Sandler (1998) und (2004).

Ferner muss man, wenn man den Abschluss von Verträgen empfiehlt, explizit oder mindestens implizit unterstellen, dass solche Verträge auch justiziabel wären. Könnte aber eine souveräne Regierung eine andere tatsächlich dazu veranlassen, das ‚Repressionsniveau‘ fristgerecht und so weit wie vertraglich vereinbart abzusinken, wenn die Gegenleistung bereits erbracht wurde? Die in der Literatur dokumentierten Erfahrungen mit politisch konditionierter Entwicklungshilfe legen jedenfalls eher die Vermutung nahe, dass dies in der Praxis bislang ziemlich schwierig, wenn nicht ganz und gar unmöglich ist. Die Regierungen der Zielländer könnten solche Verträge zum Schein unterzeichnen und die Mittel entgegennehmen, später aber die zugesagten Reformen nur zögerlich oder überhaupt nicht umsetzen.<sup>32</sup> Sie könnten, wie Paul Collier sich ausdrückt, folgende Vorgehensweise wählen: „promise, take the money, and then do what they like.“<sup>33</sup> Zudem ist dieses Problem zweiseitiger Natur, denn auch demokratische Regierungen könnten Versprechungen machen, eventuelle Demokratisierungsfortschritte wohlwollend zur Kenntnis nehmen und dann – innenpolitischen oder strategischen Erwägungen folgend – die in Aussicht gestellten Mittel anderweitig verwenden. Oder sie könnten – z.B. aus humanitären Gründen – ‚konditionierte‘ Zahlungen dennoch leisten, obwohl die Konditionen nicht erfüllt wurden.<sup>34</sup>

Ein zweites relevantes Problem besteht also gerade darin, dass solche Verträge gegenwärtig *nicht* ohne Weiteres durchsetzbar sind, weil keine supranationale, gegenüber souveränen Staaten mit einem Gewaltmonopol ausgestattete Institution existiert, die dazu in der Lage wäre. In einem solchen „institutionellen Vakuum“<sup>35</sup> können entsprechende Tauschakte nicht abgewickelt werden. Auch hier handelt es sich um ein Problem kollektiven Handelns.

Bevor eine mögliche Lösung für beide Probleme entwickelt wird, ist es hilfreich, sie zunächst auf eine besonders anschauliche Weise interaktionsökonomisch zu rekonstruieren, nämlich als endlich wiederholte Zwei-Personen-Spiele nach dem Typ des Gefangenendilemmas.

### 3.2 Das doppelte Dilemma der Demokratieförderung

In Abb. 3a ist das erste oben angesprochene Problem paradigmatisch als Gefangenendilemma dargestellt. Die beiden repräsentativen demokratischen Regierungen  $D_1$  und  $D_2$  stehen jeweils vor der Wahl, entweder individuell einen Finanzierungsbeitrag zur Bereitstellung des öffentlichen Gutes Demokratisierung zu leisten (b) oder nicht (nb). Dabei wird die Frage, wie groß dieser Beitrag sein könnte, vernachlässigt; er sei lediglich größer als null. Die Payoffs in der Matrix stellen ordinale Nutzensauszahlungen dar (mit  $2 \succ 1 \succ 0 \succ -1$ ), wobei in jeder Zelle der unten links genannte Payoff für die erste, der oben rechts genannte für die zweite Regierung gilt. Pfeile verdeutlichen das individuelle Rationalkalkül der Spieler. Gleichgewichte sind grau hinterlegt.

Abb. 3a lässt sich entnehmen, dass ihr individuelles Rationalkalkül die Spieler in ein pareto-inferiores Nash-Gleichgewicht führt, in dem keine der Regierungen bereit ist, sich individuell an den Kosten der Bereitstellung des öffentlichen Gutes zu beteiligen,

<sup>32</sup> Vgl. Carothers (2009; S. 6).

<sup>33</sup> Collier (2007; S. 109). Sehr ähnlich Revel (1993; S. 259), Joseph (1997), Turner (1997), Murrell (2002; S. 69), Brown (2005; S. 185).

<sup>34</sup> Vgl. Nelson/Eglinton (1992; S. 37, 45), Sørensen (1995), Ethier (2003; S. 114).

<sup>35</sup> Stokke (1995; S. 82).

obwohl es für beide vorteilhaft wäre, wenn sie dies kollektiv tun könnten. Hierzu müssten sie sich allerdings gemeinsam von der südwestlichen in die nordöstliche Zelle der Matrix bewegen, was ihnen aufgrund der typischen Payoff-Struktur eines solchen Spiels unmöglich ist.

In Abb. 3b ist das zweite angesprochene Problem analog dargestellt. Die Spieler sind hier eine repräsentative demokratische Regierung D und die repräsentative Regierung Z eines Ziellandes. Die Regierung D steht vor der Wahl, der Regierung Z eine Budgethilfe zu gewähren (b) oder nicht (nb). Die Regierung Z steht ihrerseits vor der Wahl, repressionsenkende Reformen umzusetzen und auf diese Weise auf ihrem Weg in Richtung Demokratie einen Schritt vorwärts zu tun (d) oder nicht (nd). Auch hier wird die Frage vernachlässigt, wie hoch die Budgethilfe wohl wäre und wie weit das Repressionsniveau dafür abgesenkt werden könnte.<sup>36</sup> Insgesamt folgt: Es kommt zu einem sozialen Dilemma. Eine wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit kommt nicht zustande. Das Win-Win-Potential bleibt unrealisiert. Die Regierungen verharren im Status quo wechselseitiger Nicht-Kooperation.

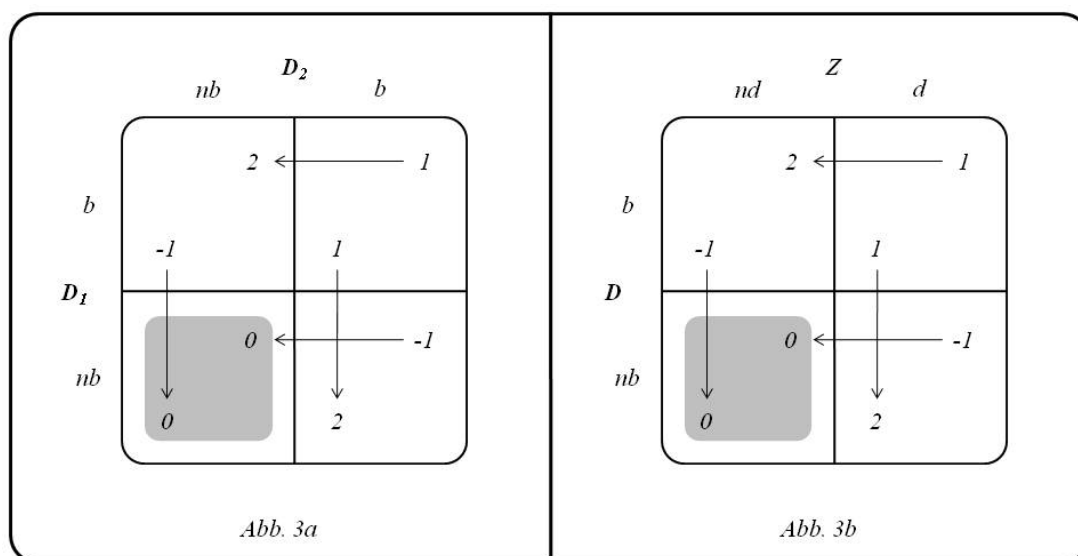


Abb. 3: Das doppelte Dilemma der Demokratieförderung

Wenn also die in der Literatur vorgebrachten und in Abb. 3 interaktionsökonomisch rekonstruierten Einwände stichhaltig sind, dann ist daraus zunächst einmal der Schluss zu ziehen, dass die politische Konditionierung von Entwicklungshilfe qua Vertrag – abgesehen vielleicht von Sonderfällen wie der EU-Osterweiterung<sup>37</sup> – gegenwärtig kein besonders erfolgversprechendes Instrument der Demokratieförderung ist.<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Dadurch kann von der vergleichsweise schwachen Prämisse ausgegangen werden, dass es überhaupt Regierungspaare gibt, für die ein Tausch von Entwicklungshilfe gegen Demokratisierung wechselseitig vorteilhaft wäre, wie klein dieses Potential wechselseitiger Besserstellung auch immer sein mag.

<sup>37</sup> Vgl. Ethier (2003).

<sup>38</sup> Zu diesem Schluss kommen u.a. Stokke (1995; S. 82), Killick (1998; S. 195f), Burnell (2000a; S. 27), Collier (2007; S. 109).



#### 4. Kooperation durch Konkurrenz

Die bisherigen Ausführungen widmeten sich der Rekonstruktion des Status quo. Mit v. Hayek wird hier jedoch die Ansicht vertreten, dass jede potentiell fruchtbare sozialwissenschaftliche Analyse „sehr weitgehend ein Studium dessen sein [muss], was *nicht* ist: eine Konstruktion hypothetischer Modelle von möglichen Welten, die existieren könnten, wenn einige der veränderlichen Bedingungen anders gestaltet würden“<sup>39</sup>. Vor diesem Hintergrund stellen sich zwei neue Fragen: Ist die Überwindung sozialer Dilemmastrukturen überhaupt *denkbar*? Und wenn ja, *wie* könnte dies im Bereich der Demokratieförderung geschehen?

##### 4.1 Zur Überwindbarkeit sozialer Dilemmastrukturen

Die in Abb. 3 grau hinterlegten Nash-Gleichgewichte bilden jeweils die einzige spieltheoretisch ‚korrekte Lösung‘ der dort gegebenen Spiele. Deshalb gibt es aus dem doppelten Dilemma der Demokratieförderung – innerhalb des ökonomischen Paradigmas – nur einen denkbaren Ausweg: Man müsste die *Regeln* der Spiele ändern.

Kritische Leser mögen einwenden, dieser Vorschlag mute in etwa wie das Kaninchen aus dem Zauberhut an. Aber dieser Ausweg kann vollkommen anreizkompatibel sein. Denn in jedem sozialen Dilemma dieser Art könnte eine Veränderung der Spielregeln (d.h. der Payoff-Struktur) es den Spielern erlauben, das pareto-inferiore Nash-Gleichgewicht zu verlassen. Noch deutlicher formuliert: Könnten die Spieler jeweils die nordöstlichen Zellen der Matrizen in Abb. 3 erreichen, dann stünden ihnen *zusätzliche Mittel* in Form von Tauschgewinnen zur Verfügung.<sup>40</sup> Folglich wäre eine Veränderung der Spielregeln eine rationale Investition für jeden Akteur, der erwarten könnte, dadurch Zugriff auf einen hinreichend großen Anteil dieser Tauschgewinne zu erlangen.

Hiergegen wird üblicherweise das Argument vom infiniten Regress vorgebracht: Es könne kein Akteur existieren, der ein individuell handlungsleitendes Eigeninteresse an der Durchführung der Regeländerung hat, denn ein solcher Akteur hätte die Regeln bereits geändert – und das Problem existierte gar nicht mehr. Deshalb – so lautete das Argument – sei eine Veränderung der Spielregeln (als Metaspiel) selbst als Problem kollektiven Handelns aufzufassen, dessen Überwindung (als Meta-Metaspiel) erneut ein Problem kollektiven Handelns sein müsse und so immer fort *ad infinitum*.<sup>41</sup>

Gewiss ist es *möglich*, die Existenz der beiden diskutierten Probleme kollektiven Handelns auf diese Weise positivistisch zu *erklären*. Nur definierte man dadurch unlösbare Probleme herbei, was zumindest hier nicht ratsam erscheint, da ja eine Erklärung *zwecks Gestaltung* angestrebt wird. Dann aber stellt sich die Frage, wie es Menschen bisweilen gelingen kann, Probleme kollektiven Handelns zu *überwinden*.

Eine nur zu geläufige Antwort auf diese Frage lautet, dass sich Menschen in solchen Fällen – z.B. ‚moralgeleitet‘ – im ökonomischen Sinne irrational verhalten hätten, was einer nachträglichen Ad-hoc-Erklärung und einem Ausstieg aus dem ökonomischen

<sup>39</sup> Hayek (1969; S. 171, H.i.O).

<sup>40</sup> Ähnlich Schelling (2006d; S. 151).

<sup>41</sup> Vgl. z.B. Kirstein/Voigt (2006; S. 869f).

Paradigma gleichkommt. Diese Ausflucht ist aber gar nicht notwendig, wie bereits Immanuel Kant betont:

„Das Problem der Staatserrichtung [d.h. die Überwindung eines sozialen Dilemmas, d.V.] ist, so hart wie es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) auflösbar und lautet so: ‚Eine Menge von vernünftigen Wesen, die insgesamt allgemeine Gesetze für ihre Erhaltung verlangen, deren jedes aber in[s]geheim sich davon auszunehmen geneigt ist, so zu ordnen und ihre Verfassung einzurichten, dass, obgleich sie in ihren Privatgesinnungen einander entgegenstreben, diese einander doch so aufhalten, dass in ihrem öffentlichen Verhalten der Erfolg eben derselbe ist, als ob sie keine solche böse Gesinnungen hätten.‘ Ein solches Problem muss *auf löslich* sein. Denn es ist nicht die moralische Besserung der Menschen, sondern nur der Mechanismus der Natur, von dem die Aufgabe zu wissen verlangt, wie man ihn an Menschen benutzen könne, um den Widerstreit ihrer unfriedlichen Gesinnungen (...) so zu richten, dass sie sich unter Zwangsgesetze zu begeben einander selbst nötigen und so den Friedenszustand, in welchem Gesetze Kraft haben, herbeiführen müssen.“<sup>42</sup>

Hier wird also – Kant folgend – unterstellt, dass die in Abb. 3 dargestellten Interaktionsprobleme auf *Informationsprobleme* zurückzuführen sind: Man muss erst eine *Vermutung* (d.h. eine Theorie) darüber haben, wie ein bestehendes Problem gelöst werden könnte, um diese Vermutung in der Praxis erproben zu können.<sup>43</sup> Hier wird also nicht versucht, unlösbare Probleme zu beschreiben, sondern zur Schaffung des Wissens beizutragen, welches zur Überwindung *bislang* unlösbarer Probleme geeignet wäre.

Deshalb fragt sich, wie die Regeln der in Abb. 3 gegebenen Spiele so verändert werden könnten, dass demokratische Regierungen handlungsleitenden Anreizen ausgesetzt *wären*, sich an der Finanzierung des globalen öffentlichen Gutes Demokratisierung (stärker) zu beteiligen und dass ein Tausch von Entwicklungshilfe gegen Demokratisierung (leichter) durchführbar *würde*. Hierzu bedürfte es, in Kants Worten, einer „Verfassung“, d.h. geeigneter institutioneller Bindungen, die den Akteuren jeweils die Option des Trittbrettfahrens bzw. des Vertragsbruchs verbauten. Erst dadurch würde die Option wechselseitiger Kooperation individuell rational und somit kollektiv verfügbar. Dass solche Regeländerungen zumindest *denkbar* sind, soll im nächsten Abschnitt gezeigt werden.

#### 4.2 Ein hypothetischer Mechanismus globaler Governance

Um die folgenden – skizzenhaften – Überlegungen möglichst anschaulich zu gestalten, sind zunächst einige praxisnähere Definitionen hilfreich: Als „demokratische Regierungen“ werden die Regierungen aller Länder bezeichnet, die über das bestmögliche Rating von (1; 1) im *Freedom House Index of Political Rights and Civil Liberties* (FHI) verfügen.<sup>44</sup> Die Wörter „Demokratisierung“ und (nachhaltiger) „Repressionsabbau“ werden synonym gesetzt. Als „eine Einheit Demokratisierung“ sei die Heraufstufung [im Sinne einer Bewegung in Richtung (1; 1)] eines Landes um einen Punkt in einer der beiden je

<sup>42</sup> Kant (1795 [1912]; A 366, H.i.O.).

<sup>43</sup> Vgl. Kant (1793 [1912]; A 202-207).

<sup>44</sup> Die durch Semikolon getrennten Werte in Klammern beziehen sich auf die Dimensionen (*Political Rights; Civil Liberties*). Die Verwendung dieses populären und zugleich häufig kritisierten Index dient hier allein der Illustration. Natürlich wären auch beliebige andere Demokratie-Definitionen denkbar, z.B. Länder mit einem Rating von mindestens (x; y) in irgendeinem anderen real-existierenden oder herbeigewünschten Index.

siebenstufigen Dimensionen des FHI pro Einwohner definiert.<sup>45</sup> Folglich sind alle Länder, die noch nicht über ein Rating von (1; 1) verfügen, als potentielle Zielländer der Demokratieförderung anzusehen.

Nun denke man sich folgende Regeln:<sup>46</sup> (§1) Am ersten Januar des Jahres x bietet eine regierungsunabhängige, regelgebundene Organisation allen demokratischen Regierungen an, auf einem Einzahlungskonto Geldbeträge zu hinterlegen. Aufgrund ihrer Satzung ist die Organisation zu folgendem Vorgehen verpflichtet: (§2) Der Stand und alle Umsätze dieses Einzahlungskontos werden im Internet veröffentlicht und laufend aktualisiert. (§3) Am ersten Januar eines jeden Folgejahres stellt die Organisation fest, welche demokratische Regierung den geringsten Geldbetrag in Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts hinterlegt hat. Von allen hinterlegten Beträgen überweist sie einen entsprechenden Anteil in einen Fonds, dessen Volumen weltweit auf Demokratisierung ausgeschrieben wird. Die restlichen Gelder fließen an die Regierungen, die sie hinterlegt hatten, zurück.<sup>47</sup> (§4) Jeweils im Frühjahr des Folgejahres nach der Ausschreibung des Fondsvolumens, sobald Freedom House seinen Bericht „Freedom in the World“ über Veränderungen des Repressionsniveaus im Verlauf des Vorjahres veröffentlicht hat, stellt die Organisation auf der Grundlage des Berichts fest, welche Regierungen im vergangenen Jahr wie viele Einheiten Demokratisierung produziert haben, und schüttet das Fondsvolumen anteilig an diese Regierungen aus.<sup>48</sup> Sollten in einem Jahr weltweit gar keine Demokratisierungsschritte zu verzeichnen sein, werden die ausgeschriebenen Gelder an die Regierungen, die sie hinterlegt hatten, zurückgezahlt. (§5) Die Ausschüttung des Fondsvolumens erfolgt auf gesonderte Auszahlungskonten der Zielländer, von denen ihre Regierungen pro Jahr höchstens 10% des jeweiligen Kontostandes abrufen können.<sup>49</sup> (§6) Jede Heraufstufung im FHI, die eine Regierung erreichen konnte, wird nur ein einziges Mal belohnt, und zwar ausgehend vom Status quo zum Zeitpunkt der Etablierung des Fonds. (§7) Die Rückstufung eines Landes im FHI führt zur (Teil-)Sperrung seines Auszahlungskontos um alle Beträge, die nach der Rückstufung nicht

---

<sup>45</sup> Angenommen, ein Land mit einer Million Einwohnern erreichte eine Heraufstufung im FHI von (7; 7) auf (7; 6) oder auf (6; 7), so entspräche dies der Produktion von einer Million Einheiten Demokratisierung. Würde ein Land von (2; 1) auf (1; 1) heraufgestuft, dann entspräche dies bei drei Millionen Einwohnern der Produktion von drei Millionen Einheiten Demokratisierung.

<sup>46</sup> Vgl. Pies/Wockenfuß (2008; S. 428f).

<sup>47</sup> Angenommen, es existierten insgesamt drei demokratische Regierungen, von denen zwei jeweils 0,2% ihres BIP hinterlegen, die dritte aber nur 0,1%. Dann würde von den hinterlegten Beträgen der ersten beiden nur die Hälfte in das Fondsvolumen eingehen. Die andere Hälfte würde ihnen zurückgezahlt. Die dritte Regierung könnte dies nur dadurch verhindern, dass sie ihren Beitrag ebenfalls aufstockt. Diese Regel entspricht der Transformation eines nach der *Summationstechnologie* bereitgestellten öffentlichen Gutes (z.B. ein durch Spenden finanziertes, frei zugängliches Kunstwerk) in ein nach der *Weakest-Link-Technologie* bereitgestelltes (z.B. ein von den Anwohnern einer Küste abschnittsweise selbst zu errichtender Deich). Im zweiten Fall ist Trittbrettfahren unmöglich, weil der Bereitstellungsumfang für alle Nutzer vom geringsten individuellen Beitrag (vom niedrigsten Deichabschnitt) abhängt. Vgl. Hirshleifer (1983) und Sandler (1998, 2004).

<sup>48</sup> Beträgt das Fondsvolumen eine Million Euro und wurden in zehn Ländern weltweit jeweils eine Million Einheiten Demokratisierung produziert, dann erhielten die Regierungen dieser Länder je einen Anteil von €100.000 aus dem Fonds. Hätte hingegen eine der zehn Regierungen *zwei* Millionen Einheiten produziert, dann wäre der ihr zustehende Anteil in etwa doppelt so hoch wie die Anteile der anderen neun Regierungen.

<sup>49</sup> Hat eine Regierung eine Ausschüttung von €100.000 generiert, so könnte sie €10.000 sofort abbuchen, €9.000 im zweiten Jahr, €8.100 im dritten ... €3.874,21 im zehnten Jahr, usw.

mehr gedeckt sind, bis der Status quo vor der Rückstufung wieder erreicht ist.<sup>50</sup> (§8) Alle Regeln werden veröffentlicht. (§9) Regeländerungen treten frühestens zwei Jahre nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Was würden diese Regeln bewirken, und könnte es eine rationale Investition sein, sie zu implementieren? Die Antwort auf die zweite Frage lautet: ja, wenn tatsächlich Potentiale wechselseitiger Besserstellung auf diese Weise ausgeschöpft werden könnten. Dann nämlich würden demokratische Regierungen in einen solchen Fonds einzahlen, die Organisation könnte eine Bearbeitungsgebühr auf die Einzahlungen erheben und damit die ihr entstehenden Transaktionskosten decken.

Aber würde dadurch das doppelte Dilemma der Demokratieförderung (Abb. 3) überwunden? Diese Frage lässt sich anhand des Spielbaums in Abb. 4 beantworten, der die Anreizkonstellation darstellt, die durch die neuen Spielregeln erzeugt würde. Die Spieler sind hier die repräsentativen demokratischen Regierungen  $D_1$  und  $D_2$  sowie die repräsentativen Regierungen  $Z_1$  und  $Z_2$  zweier Zielländer.  $D_1$  und  $D_2$  haben die Wahl, im Jahr  $x$  individuell Geldbeträge auf dem Einzahlungskonto zu hinterlegen ( $b$ ) oder dies nicht zu tun ( $nb$ ).  $Z_1$  und  $Z_2$  haben ihrerseits die Wahl, im Jahr  $x+1$  ihr Freedom-House-Rating zu verbessern und auf diese Weise einen Demokratisierungsfortschritt herbeizuführen ( $d$ ) oder nicht ( $nd$ ). Dabei finden die Entscheidungen von  $Z_1$  und  $Z_2$  gleichzeitig statt, was durch die gestrichelte Linie zwischen den Entscheidungsknoten von  $Z_2$  dargestellt ist. Doppelt durchgezogene Äste des Spielbaums verdeutlichen das individuelle Rationalkalkül der Spieler. Die in Klammern angegebenen ordinalen Nutzensauszahlungen (mit  $2 > 1 > 0$ ) an den sechs Endknoten des Spielbaums gelten für die Spieler in folgender Reihenfolge: ( $D_1, D_2, Z_1, Z_2$ ).

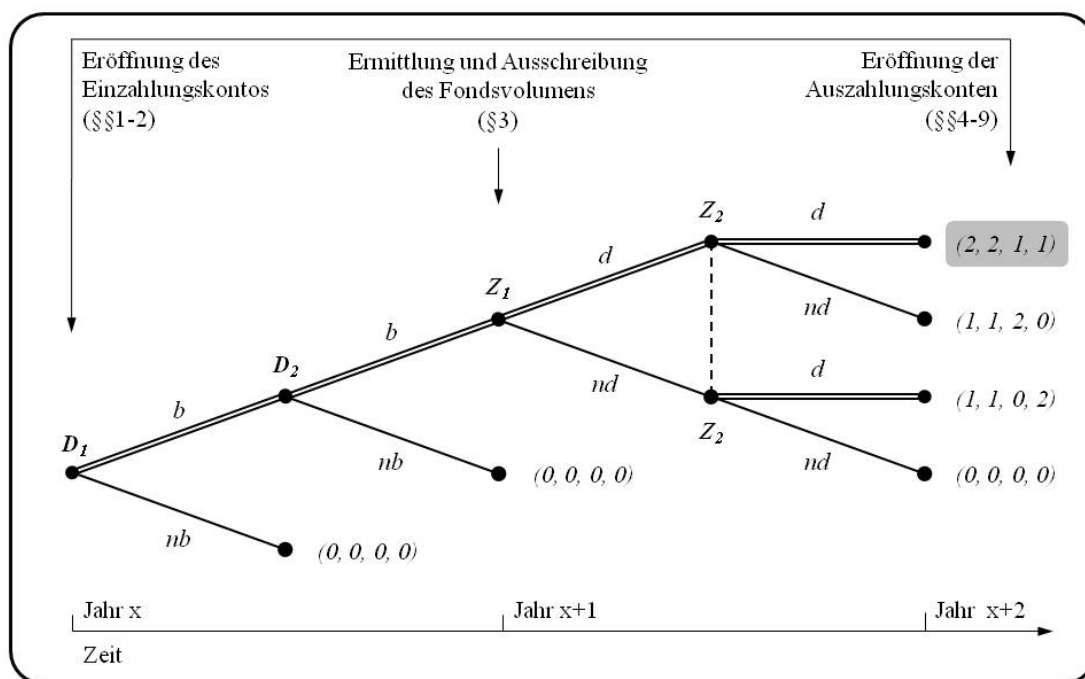


Abb. 4: Veränderte Spielregeln durch rationale Bindungen

<sup>50</sup> Wird ein Land im ersten Jahr um zwei Punkte hochgestuft, ein Jahr später jedoch wieder um einen Punkt herabgestuft, dann würden die Beträge, welche die Regierung dieses Landes von ihrem Auszahlungskonto jährlich abbuchen könnte, dadurch bis auf Weiteres halbiert.

Ein solcher Spielbaum lässt sich durch Rückwärtsinduktion lösen. Wie würde sich also der Spieler  $Z_2$  entscheiden? Befindet sich  $Z_2$  im unteren seiner beiden Entscheidungsknoten, so wurde bereits ein Fondsvolumen ausgeschrieben (§§1-3), während  $Z_1$  keine Demokratisierungsfortschritte erreicht (nd). Entscheidet sich hier  $Z_2$  in diesem Jahr ebenfalls gegen Reformen, die zu einem besseren Freedom-House-Rating geführt hätten (nd), so erhält er im Jahr  $x+2$  keine Mittel aus dem Fonds (§4, letzter Satz) und einen Payoff von 0. Verbessert  $Z_2$  hingegen sein Rating (d), so erhält er *allein* das *gesamte* Fondsvolumen (§4), was für ihn das günstigste denkbare Ergebnis darstellt ( $2 > 0$ ). Der Spieler  $Z_2$  wird also in dieser Situation entsprechende Reformen umsetzen (d).

Befindet sich der Spieler  $Z_2$  hingegen im oberen seiner beiden Entscheidungsknoten, so wurde ebenfalls ein Fondsvolumen ausgeschrieben, allerdings setzt  $Z_1$  bereits Reformen um (d). Erreicht  $Z_2$  nun selbst keinen Demokratisierungsfortschritt (nd), dann erhält er einen Payoff von 0. Gelingt es dem Spieler  $Z_2$  hingegen, einen solchen Fortschritt zu erzielen (d), dann muss er sich das Fondsvolumen mit  $Z_1$  teilen (§4). Dieses Ergebnis wäre aus seiner Sicht aber immer noch günstiger, als überhaupt nicht an der Ausschüttung zu partizipieren ( $1 > 0$ ) und  $Z_1$  die gesamten, von  $D_1$  und  $D_2$  gemeinsam bereitgestellten Mittel zu überlassen. Reformen in Richtung Demokratie zu unternehmen (d) ist also für  $Z_2$  die dominante Strategie.

Für  $Z_1$  gilt das gleiche Rationalkalkül wie für  $Z_2$ , und  $Z_1$  kann die Entscheidungen von  $Z_2$  antizipieren. Folglich weiß  $Z_1$ , dass  $Z_2$  in jedem Fall in Reformen investieren wird.  $Z_1$  kann sich also nur zwischen den Payoffs 1 und 0 am obersten und am dritt-obersten Endknoten des Spielbaums entscheiden. Hier lautet das Rationalkalkül von  $Z_1$ : In jedem Fall ist es besser, selbst entsprechende Reformen einzuleiten (d), um überhaupt an der Ausschüttung zu partizipieren, als dies nicht zu tun (nd) und  $Z_2$  das gesamte Fondsvolumen zu überlassen.

Hier verfolgen also *beide* Zielregierungen die dominante Strategie, Heraufstufungen im FHI herbeizuführen, um individuell von dem Fonds profitieren zu können. Und dies tun sie, obwohl sie sich dadurch wechselseitig schädigen. Denn jede Heraufstufung einer Zielregierung verringert ja die Ausschüttung der anderen (§4). Dieser organisierte Prozess wechselseitiger Selbstschädigung soll hier als *Entwicklungskonkurrenz* bezeichnet werden. Entwicklungskonkurrenz könnte als *Instrument (welt-)gesellschaftlicher Kooperation* zum Zwecke der Demokratieförderung genutzt werden, nämlich um die Tauschakte zwischen den beiden Marktseiten zu erleichtern. Denn jeder Marktteilnehmer hat ja ein Interesse daran, dass zwischen seinen potentiellen Tauschpartnern möglichst viel Konkurrenz herrscht, weil dies die Konditionen der Tauschakte aus seiner Sicht verbessern würde. Deshalb wäre hier Entwicklungskonkurrenz zwischen den Regierungen der Zielländer im Interesse demokratischer Regierungen. Letztere würden als Gegenleistung für jedes gegebene Fondsvolumen möglichst viel Repressionsabbau erhalten wollen.<sup>51</sup>

Allerdings könnten  $D_1$  und  $D_2$  eine solche Entwicklungskonkurrenz nur erzeugen, indem sie sich zuvor selbst *beide* an dem Fonds beteiligen (b). Denn das Regelwerk ist so konstruiert, dass die Organisation andernfalls verpflichtet (§1) wäre, überhaupt keine Ausschreibung vorzunehmen (§3), was für alle Spieler zu einem Payoff von 0 führen würde (vgl. die beiden unteren, linken Endknoten des Spielbaums). Beide demokratischen Regierungen haben also ihrerseits nur die Wahl zwischen einem Payoff von 0 und

---

<sup>51</sup> Vgl. Wockenfuß (2007a).

einem von 2, und sie wählen jeweils 2, indem sie nacheinander (§§1-2) Gelder auf dem Einzahlungskonto hinterlegen (b).

Als Gleichgewicht stellt sich die Nutzensauszahlung (2, 2, 1, 1) am oberen Endknoten des Spielbaums ein. Existierte dieses Spiel, dann wäre sein Ergebnis für *alle* Spieler vorteilhafter als der Status quo wechselseitiger Nicht-Kooperation (0, 0, 0, 0). Aus diesem Grund verfügen demokratische und nicht-demokratische Regierungen nicht nur über konfligierende Handlungsinteressen auf einer Ebene der Spielzüge, sondern gleichzeitig auch über ein *gemeinsames Regelinteresse*. Dieses gemeinsame Regelinteresse besteht darin, das in Abb. 3 dargestellte doppelte Dilemma der Demokratieförderung in das in Abb. 4 dargestellte Koordinationsspiel zu transformieren.

Da der Begriff der Entwicklungskonkurrenz bislang weder in der deutschsprachigen noch in der angelsächsischen Literatur begegnet, soll er hier anhand einiger Beispiele illustriert werden.<sup>52</sup> Freedom House zufolge war im Verlauf der Jahre 2006 und 2007 weltweit sogar ein negativer und 2008 nur ein leicht positiver Netto-Demokratisierungseffekt zu verzeichnen.<sup>53</sup> Als Referenzsituation kann man sich jedoch vorstellen, dass der politisch-institutionelle Status quo 2008 in allen Ländern weltweit stabil geblieben ist. Dann wäre es ohne einen solchen Fonds weder zu Konkurrenz um das Fondsvolumen noch zu Veränderungen bei den Ratings gekommen.

Um nun Erwartungen darüber zu bilden, was im Vergleich dazu hätte geschehen können, hätte ein positives Fondsvolumen bestanden, sei nun alternativ angenommen, dass alle demokratischen Regierungen gemeinsam US-\$ 35 Mrd. nach den genannten Regeln auf Demokratisierung ausgeschrieben hätten.<sup>54</sup> Und nun versetze sich der Leser in die Lage der Regierung von Gambia: Gambia hat etwa 1,5 Mio. Einwohner und ein Freedom-House-Rating von (5; 4). Folglich könnte die gambische Regierung durch Reformen, die zu einem Rating von (4; 4) führen, 1,5 Mio. Einheiten Demokratisierung produzieren. Wenn die gambische Regierung weltweit die einzige ist, die ihr Rating verbessert, dann erhielte sie für diesen ziemlich kleinen Schritt in Richtung Demokratie *allein* das *gesamte* ausgeschriebene Fondsvolumen (§4). Der Weltmarktpreis pro Einheit Demokratisierung betrüge in diesem Jahr US-\$ 35 Mrd. / 1,5 Mio. Einheiten = US-\$ 23.333. Die gambische Regierung könnte dann US-\$ 3,5 Mrd. sofort, US-\$ 3,15 Mrd. im nächsten Jahr, US-\$ 2,82 Mrd. im übernächsten, usw., von ihrem Auszahlungskonto abbuchen (§5), wenn die Reformen nachhaltig sind (§7). Dies würde allein im ersten Auszahlungsjahr fast zu einer Verdreißigfachung der gambischen Staatseinnahmen führen, die sich bislang in einer Größenordnung von US-\$ 120 Mio. bewegen. Vermutlich könnte die gambische Regierung dadurch ihre De-facto-Machtposition trotz der Reformen – bzw. gerade *durch* sie – erheblich festigen. Angesichts solcher Renditeaussichten wäre es ihr wohl auch ein Leichtes, entsprechende Reformen beispielsweise über Kredite zu finanzieren. Und sollten innerhalb der gambischen Regierung Zweifel aufkommen, wie sich ein besseres Rating erzielen ließe, dann könnte es durchaus lohnend sein, Beratungsleistungen bei in- und ausländischen Transformationsexperten einzukaufen

<sup>52</sup> Die in den illustrativen Beispielen verwendeten Daten sind dem World Fact Book der CIA (2007) sowie Freedom House (2008) und (2009) entnommen und großzügig gerundet.

<sup>53</sup> D.h. die Summe aller mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewichteten Herauf- und Herabstufungen war für die Jahre 2006 und 2007 negativ und für das Jahr 2008 leicht positiv.

<sup>54</sup> Zum Vergleich: Joseph Stiglitz schätzt die nur der US-Regierung durch den Irakkrieg jährlich entstehenden Kosten auf US-\$ 169 Mrd. und den der US-Wirtschaft entstandenen Gesamtschaden auf US-\$ 3 Billionen. Vgl. Barbara (2008).

und diese Experten auf der Projektebene an der Implementierung der Reformen beteiligen.

Doch außer Gambia gibt es noch mehr als 130 weitere Länder, die noch nicht über ein Freedom-House-Rating von (1; 1) verfügen und in denen deshalb ‚Demokratisierung‘ stattfinden könnte. Die gambische Regierung hätte also zahlreiche potentielle *Konkurrenten*, die ebenfalls von einem solchen Fonds – wenn er denn existierte – profitieren wollen würden. Zwei dieser Konkurrenten wären Nordkoreas ‚geliebter Führer‘ Kim Jong-il und der kubanische Präsident Raúl Castro Ruz. Sowohl Nordkorea als auch Kuba verfügen über das niedrigste erreichbare Freedom-House-Rating von (7; 7). Man stelle sich nun vor, auch in Nordkorea und auf Kuba würden Reformen umgesetzt, die jeweils zu einem Rating von (7; 6) oder (6; 7) im nächsten Jahr führen.<sup>55</sup> Kim Jong-il hätte dann 23,3 Mio. Einheiten und Raúl Castro Ruz 11,4 Mio. Einheiten Demokratisierung produziert. Insgesamt wären dann weltweit 36,2 Mio. Einheiten produziert worden. Durch den Markteintritt dieser beiden Anbieter wäre der Weltmarktpreis pro Einheit Demokratisierung auf US-\$ 35 Mrd. / 36,2 Mio. Einheiten = US-\$ 996,85 gefallen. Bei gegebenem Fondsvolumen hätte dann Nordkorea US-\$ 22,5 Mrd., Kuba US-\$ 11 Mrd. und Gambia nur noch knapp US-\$ 1,5 Mrd. Erlöst. Dies entspricht im Falle Kubas ungefähr einem Drittel und im Falle Gambias immerhin noch dem zehnfachen der jährlichen Staatseinnahmen. (Die Höhe des nordkoreanischen Staatsbudgets kennt vermutlich nur Kim Jong-il persönlich.)

Aber auch diese drei Regierungen sind vielleicht nicht die einzigen, für die ein ‚Demokratisierungspreis‘ von knapp eintausend Dollar pro Kopf der Bevölkerung verlockend wäre, bedenkt man, dass es zahlreiche Länder gibt, in denen viele Menschen von weniger als einem Dollar am Tag leben (und sterben), und dass es sich bei diesen Ländern ausnahmslos um potentielle Zielländer der Demokratieförderung handelt.<sup>56</sup> Es könnten also durchaus weitere Regierungen in zusätzliche Reformen investieren wollen, um in den Genuss eines Teils der ausgeschriebenen Mittel zu kommen. Dadurch würde die weltweit produzierte ‚Gesamtmenge Demokratisierung‘ weiter ansteigen und der Weltmarktpreis pro Einheit weiter fallen.

In welchen Zielländern durch einen solchen Demokratisierungswettbewerb Reformen welchen Umfangs angeregt würden, darüber lässt sich hier natürlich nur spekulieren. Denn nur die Regierungen der Zielländer selbst können ja wissen, zu welchen (erwarteten) Preisen sie bereit wären, wie weit zu gehen. Der politischen Unterstützung gerade der ärmsten ihrer Untertanen könnten sich die jeweiligen Machthaber bei diesem Vorhaben allerdings gewiss sein. Denn schließlich könnten diese Regierungen Auszahlungen aus dem Fonds überhaupt nur generieren, indem sie ihren Bürgern *zuerst* mehr politische Rechte und Freiheiten zugestehen, wodurch diese größere Einflussmöglichkeiten auf die Verwendung der *dann* anschwellenden Staatsbudgets erlangen würden.

Nun könnten jedoch einige Zielregierungen in Erwägung ziehen, zunächst gezielt Rückschritte im verwendeten Index herbeizuführen, um für anschließende Fortschritte um so mehr belohnt zu werden. Aufgrund von §6 und §7 ließen sich jedoch für solche fingierten Demokratisierungsfortschritte keine Auszahlungen erzielen bzw. bereits laufende Zahlungen würden dadurch sogar ausgesetzt. Da dies auch den Regierungen der Zielländer bekannt wäre (§8), müssten diese bestrebt sein, zumindest nicht hinter den bereits erreichten Demokratisierungsstand zurückzufallen, selbst wenn sie vorerst keine

<sup>55</sup> Dies ist auf Kuba tatsächlich geschehen. Aber es wurde oben ein unverändertes Rating unterstellt.

<sup>56</sup> Vgl. Pies/Wockenfuß (2008; S. 408, Abb. 2).

(weiteren) Fortschritte erzielen können. Ferner würde §9 allen Akteuren eine gewisse Planungssicherheit geben.

Die weltweite *Ausschreibung* von Entwicklungshilfegeldern auf Demokratisierung – nach möglichst transparenten Regeln – würde also die Regierungen der Zielländer in *Entwicklungskonkurrenz* zueinander setzen. Der *Wettbewerb* um die ausgeschriebenen Mittel müsste sie dazu veranlassen, in stärkerem Maße als bisher nach Demokratisierungspotentialen zu suchen und diese solange auszuschöpfen, wie dies wechselseitig vorteilhaft möglich ist (aber natürlich nicht weiter).

### 5. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorangegangenen Überlegungen sollten dazu beitragen, eine vielbeklagte Diskrepanz zwischen artikuliertem Wollen und empirisch feststellbaren (weltweit aggregierten Netto-) Ergebnissen im Bereich der externen Demokratieförderung zu überwinden. Als Theoriebildungsheuristik diene die Normative Institutionenökonomik. Der Ansatz zielt ab auf die Suche nach Problemen kollektiven Handelns und auf ihre Überwindung durch anreizkompatible und konsensfähige institutionelle Bindungen.

Die erste These des Beitrags betrifft die *Erklärung* des Status quo: Es lassen sich im Politikfeld der Demokratieförderung zwei relevante Probleme kollektiven Handelns herausarbeiten. Das erste dieser Probleme besteht darin, dass Demokratieförderung aus Sicht demokratischer Regierungen ein öffentliches Gut darstellt. Folglich besteht ein Trittbrettfahrerproblem bei der Bereitstellung individueller Finanzierungsbeiträge. Das zweite Problem besteht darin, dass eine Entwicklungszusammenarbeit im Sinne wechselseitig vorteilhafter Tauschakte von Entwicklungshilfe gegen Demokratisierung dadurch erschwert wird, dass entsprechende Verträge gegenwärtig kaum durchsetzbar sind.

Die zweite These des Beitrags betrifft die *Gestaltung* des Status quo: Probleme kollektiven Handelns lassen sich durch institutionelle Bindungen überwinden, welche rationalen Akteuren die Option des Trittbrettfahrens bzw. des Vertragsbruchs verbauen. Derartige Bindungen können konsensfähig und anreizkompatibel sein. Im Bereich der Demokratieförderung könnten sie dazu genutzt werden, demokratischen Regierungen die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes zu erleichtern und ihnen die Abwicklung zusätzlicher, wechselseitig vorteilhafter Tauschakte mit den Regierungen der Zielländer zu ermöglichen.

Um Letzteres zu erreichen, wurde das Konzept der *Entwicklungskonkurrenz* vorgestellt: Die weltweite Ausschreibung von Entwicklungshilfegeldern auf Demokratisierung – so die dritte und zentrale These – würde die Regierungen der Zielländer in einen *Wettbewerb* um die ausgeschriebenen Mittel versetzen. Dieser Demokratisierungswettbewerb würde die Regierungen der Zielländer dazu veranlassen, in stärkerem Maße als bisher nach Demokratisierungspotentialen zu suchen und diese solange auszuschöpfen, wie dies wechselseitig vorteilhaft möglich ist. Dadurch könnten Anreize zur Nutzung lokalen Wissens geschaffen werden, was die Erfolgsaussichten der unterschiedlichsten entwicklungspolitischen Einzelmaßnahmen auf der Projektebene – die hier nicht explizit modelliert wurde – erhöhen würde.

Zuletzt sind einige einschränkende Bemerkungen angebracht. Natürlich wäre es weltfremd zu glauben, dass der hier buchstäblich mit wenigen Strichen skizzierte Me-



chanismus eins zu eins auf die Praxis übertragen werden könnte oder sollte. Denn dort dürften sich zahlreiche Folgeprobleme stellen. Drei dieser Probleme seien zumindest noch angedeutet. Zunächst müsste entschieden werden, wie Demokratisierung gemessen werden soll.<sup>57</sup> Dabei ist es in diesem Kontext übrigens vollkommen unerheblich, ob es sich bei dem zu Messenden nach Meinung von Experten nun um ‚Demokratie‘ handelt oder um etwas anderes (z.B. um ‚Good Governance‘), solange für das quantifizierte Phänomen nur eine *Zahlungsbereitschaft* seitens derjenigen Regierungen besteht, die darauf Gelder auszuschreiben beabsichtigen, und analog eine *Leistungsbereitschaft* seitens derjenigen Regierungen, welche die Gelder erhalten wollen würden. Zweitens könnte versucht werden, die wie auch immer gearteten Ratings zu manipulieren. Es wären also Vorkehrungen zu diskutieren, durch die *Korruptionsversuchen* so weit wie möglich vorgebeugt werden könnte. Und drittens ist zu bedenken, dass die Zielländer unterschiedlich groß sind. Dadurch käme einigen Regierungen eine gewisse *Marktmacht* zu, weshalb die Schärfe des praktisch realisierbaren Wettbewerbsdrucks (auch) in diesem Falle geringer ausfiele als in idealtypischen Marktmodellen. Hier wären die üblichen Probleme der Kartellbildung zu untersuchen.

Es besteht also noch erheblicher Forschungsbedarf. Dennoch führt aus der hier vorgestellten Perspektive kein Weg daran vorbei, dass Gesellschaft als „Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil“<sup>58</sup> unter den realweltlichen Bedingungen universeller Knappheit *gar nicht denkbar ist* ohne Konkurrenz. Kooperation und Konflikt, Tausch und Wettbewerb bedingen einander nicht nur, sie können einander sogar befördern.<sup>59</sup> Dann aber impliziert die allgegenwärtige Rede von der Entwicklungszusammenarbeit bereits ein Nachdenken über Entwicklungskonkurrenz. Der vorliegende Beitrag sollte diesen Zusammenhang deutlich machen und Hinweise darauf liefern, in welcher Richtung nach anreizkompatiblen und zugleich konsensfähigen Mechanismen globaler Governance (auch) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (weiter) gesucht werden sollte.

---

<sup>57</sup> Vgl. hierzu bereits Abromeit (2004); Fuchs (2004); Müller/Pickel (2007); Bühlmann et al. (2008); Müller/Pickel (2008); Kaina (2008); Williams/Siddique (2008).

<sup>58</sup> Rawls (1979; S. 105).

<sup>59</sup> Dieses grundsätzliche Argument findet sich bereits bei Immanuel Kant (1784 [1912]; Vierter Satz, A 20).

*Literatur*

- Abromeit, Heidrun, 2002: Die Messbarkeit von Demokratie: Zur Relevanz des Kontexts, in: Politische Vierteljahresschrift 45, 73-93.
- Acemoglu, Daron/Robinson, James A., 2006: Economic Origins of Dictatorship and Democracy. New York: Cambridge University Press.
- Babst, Dean V., 1964: Elective Government: A Force for Peace, in: Wisconsin Sociologist 3: 9-14.
- Barbara, Philip, 2008: Iraq war hits U.S. economy. Nobel winner, in: <http://www.reuters.com/article/topNews/idUSN2921527420080302?feedType=RSS&feedName=topNews&sp=true>; Zugriff am 26.01.2009.
- Beckmann, Markus, 2009: Ordnungsverantwortung. Rational-Choice als ordonomisches Forschungsprogramm, hrsg. von Ingo Pies, Berlin (im Druck).
- Brainard, Lael (Hrsg.), 2007: Security by other Means. Foreign Assistance, Global Poverty, and American Leadership. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas, 1997: Democratic Experiments in Africa: Regime Transition in Comparative Perspective. New York: Cambridge University Press.
- Brown, Stephen, 2005: Foreign Aid and Democracy Promotion: Lessons from Africa, in: European Journal of Development Research 17, 179-198.
- Buchanan, James M./Tullock, Gordon, 1962: The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Weßels, Bernhard, 2008: Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel, in: Politische Vierteljahresschrift 49, 114-122.
- Burnell, Peter, 2000a: Democracy Assistance: The State of the Art, in: Burnell, Peter (Hrsg.): Democracy Assistance: International Co-operation for Democratization. London: Frank Cass Publishers, 339-361.
- Burnell, Peter, 2000b: Democracy Assistance: The State of the Discourse. in: Burnell, Peter (Hrsg.): Democracy Assistance: International Co-operation for Democratization. London: Frank Cass Publishers, 3-33.
- Burnell, Peter, 2004: The Domestic Political Impact of Foreign Aid: Recalibrating the Research Agenda, in: European Journal of Development Research 16, 396-416.
- Burnell, Peter, 2006: Autocratic Opening to Democracy: Why Legitimacy Matters, in: Third World Quarterly 27, 545-562.
- Burnside, Craig/Dollar, David, 1997: Aid, Policies and Growth. World Bank Policy Research Working Paper 1777. Washington, DC: World Bank.
- Burnside, Craig/Dollar, David, 2004: Aid, Policies, and Growth: Revisiting the Evidence. World Bank Policy Research Working Paper 3251, Washington, DC: World Bank.
- Carothers, Thomas, 1999: Aiding Democracy Abroad: The Learning Curve. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Carothers, Thomas, 2009: Democracy Assistance: Political vs. Developmental? in: Journal of Democracy 20, 5-19.
- Central Intelligence Agency, 2007: The World Factbook. New York: Skyhorse Publishers.

- Collier, Paul, 2007: *The Bottom Billion. Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done About It*. New York: Oxford University Press.
- Cox, Dan G./Drury, A. Cooper, 2006: *Democratic Sanctions. Connecting the Democratic Peace and Economic Sanctions*, in: *Journal of Peace Research* 43, 709-722.
- Crawford, Gordon, 2005: *The European Union and Democracy Promotion: The Case of Ghana*, in: *European Journal of Development Research* 17, 571-600.
- De Mesquita, Bruce Bueno, 2006. *Game Theory, Political Economy, and the Evolving Study of Peace and War*, in: *American Political Science Review* 100, 637-642.
- Doyle, Michael W., 1986: *Liberalism and World Politics*, in: *American Political Science Review* 80, 1151-1169.
- Elster, Jon, 1979: *Ulysses and the Sirens*. New York: Cambridge University Press.
- Emmerji, Louis, 1993: *International Relations in the 1990s*. Paper prepared for the VII. General Conference of EADI, Berlin 15.-18. September 1993.
- Ethier, Diane, 2003: *Is Democracy Promotion Effective? Comparing Conditionality and Incentives*, in: *Democratization* 10, 99-120.
- Freedom House, 2007, 2008, 2009: *Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*. Lanham, MD: Rowman and Littlefield.
- Hayek, Friedrich August von (1969): *Freiburger Studien*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hirshleifer, Jack, 1983: *From Weakest-Link to Best-Shot: The Voluntary Provision of Public Goods*, in: *Public Choice* 41, 371-386.
- Hoebink, Paul/Stokke, Olav, 2005: *Perspectives on European Development Co-operation. Policy and Performance of Individual Donor Countries and the EU*. London und New York: Routledge.
- Homann, Karl/Pies, Ingo. 1994a: *Wirtschaftsethik in der Moderne. Zur ökonomischen Theorie der Moral*, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 5, 3-12.
- Homann, Karl/Pies, Ingo. 1994b: *Wie ist Wirtschaftsethik als Wissenschaft möglich? Zur Theoriestrategie einer modernen Wirtschaftsethik*, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 5, 94-108.
- Hout, Wil, 2007: *The Politics of Aid Selectivity: Good Governance Criteria in World Bank, US and Dutch Development Assistance*. London und New York: Routledge.
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman, Oklahoma: University of Oklahoma Press.
- Kant, Immanuel, 1784 [1912]: *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*. Akademieausgabe VIII: *Abhandlungen nach 1781*. Berlin: G. Riemeier.
- Kant, Immanuel, 1793 [1912]: *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*. Akademieausgabe VIII: *Abhandlungen nach 1781*. Berlin: G. Riemeier.
- Kant, Immanuel, 1795 [1912]: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Akademieausgabe VIII: *Abhandlungen nach 1781*. Berlin: G. Riemeier.
- Killick, Tony, 1998: *Aid and the Political Economy of Policy Change*. London und New York: Routledge.
- Kirstein, Roland/Voigt, Stefan, 2006: *The Violent and the Weak: When Dictators Care About Social Contracts*, in: *American Journal of Economics and Sociology* 65, 863-889.
- Luce, Duncan R./Raiffa, Howard, 1957: *Games and Decisions. Introduction and Critical Survey*. New York: Wiley.
- Lütge, Christoph/Homann, Karl, 2006: *Einführung in die Wirtschaftsethik*. Münster: LIT Verlag.

- Maoz, Zeev/Abdolali, Nazrin, 1989: Regime Types and International Conflict. 1816-1976, in: *Journal of Conflict Resolution* 33, 3-35.
- Merkel, Wolfgang, 2008: Democratization through War? in: *Democratization* 15.3 (special issue), 488-508.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thierry, Peter, 2006: Defekte Demokratie, Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Müller, Thomas/Pickel, Susanne, 2007: Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48, 551-539.
- Müller, Thomas/Pickel, Susanne, 2008: Antwort auf die Replik von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49, 123-126.
- Mullerson, Rein, 1997: *Human Rights Diplomacy*. London: Routledge.
- Murrell, Peter, 2002: The Interactions of Donors, Contractors, and Recipients in Implementing Aid for Institutional Reform, in: Bertin Martens et. al. (Hrsg.): *The Institutional Economics of Foreign Aid*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, 69-111.
- Nash, John F. jun., 1951: Non-Cooperative Games, in: *The Annals of Mathematics* 54, 286-295.
- Nelson, Joan M./Eglinton, Stephanie J., 1992: *Encouraging Democracy: What Role for Aid?*, Policy Essay No. 4, Washington, DC: Overseas Development Council.
- Ober, Josiah, 2007: Natural Capacities and Democracy as a Good-in-itself, in: *Philosophical Studies* 132, 59-74.
- Ofstad, Arve/Tostensen, Arne/Vraalsen, Tom, 1991: Towards a 'Development Contract'. Paper presented at a meeting of the North-South Roundtable, Ottawa, Juni 1991.
- Olson, Mancur, 1965: *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Olson, Mancur, 1993: Dictatorship, Democracy, and Development, in: *American Political Science Review* 87, 567-576.
- Olson, Mancur, 2000: *Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships*. New York: Basic Books.
- Petrick, Martin/Pies, Ingo, 2007: In Search for Rules that Secure Gains from Cooperation. The Heuristic Value of Social Dilemmas for Normative Institutional Economics, in: *European Journal of Law and Economics* 23, 251-271.
- Pies, Ingo, 1993: *Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Pies, Ingo, 2009: Das ordonomische Forschungsprogramm, in: Ders.: *Moral als Heuristik. Ordonomische Schriften zur Wirtschaftsethik*, Berlin, S. 2-32.
- Pies, Ingo/Beckmann, Markus/Hielscher, Stefan, 2009a: Sozialstruktur und Semantik – Ordonomik als Forschungsprogramm in der modernen (Welt-)Gesellschaft, in: Ingo Pies: *Moral als Heuristik. Ordonomische Schriften zur Wirtschaftsethik*, Berlin, S. 282-312.
- Pies, Ingo/Beckmann, Markus/Hielscher, Stefan, 2009b: Moral als Produktionsfaktor: Wie Unternehmen dem Vertrauensverlust im System und ins System der Marktwirtschaft unternehmerisch begegnen können, in: *BFuP – Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis*, Heft 05/2009, S.443-464.

- Pies, Ingo/Hielscher, Stefan/Beckmann, Markus, 2009: Moral Commitments and the Societal Role of Business. An Ordonomic Approach to Corporate Citizenship, in: *Business Ethics Quarterly* 19(3), 375-401.
- Pies, Ingo/Wockenfuß, Christof, 2008: Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung. Wie lässt sich der entwicklungspolitische Trade-Off überwinden? in: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 59, 405-439.
- Rawls, John, 1979: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Revel, Jean-François, 1993: *Democracy Against Itself. The Future of the Democratic Impulse*. New York: The Free Press.
- Riddell, Roger C., 1999: The End of Foreign Aid to Africa? Concerns about Donor Policies, in: *African Affairs* 98, 309-335.
- Sandler, Todd, 1998: Global and Regional Public Goods. A Prognosis for Collective Action, in: *Fiscal Studies* 19, 221-247.
- Sandler, Todd, 2004: *Global Collective Action*. New York: Cambridge University Press.
- Santiso, Carlos, 2001: International Co-operation for Democracy and Good Governance: Moving Toward a Second Generation? in: *European Journal of Development Research* 13, 154-180.
- Schelling, Thomas C., 2006a: Strategies of Commitment, in: Schelling, Thomas C. (Hrsg.), *Strategies of Commitment and other Essays*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1-24.
- Schelling, Thomas C., 2006b [1986]: Against Backsliding, in: Schelling, Thomas C. (Hrsg.), *Strategies of Commitment and other Essays*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 107-113.
- Schelling, Thomas C., 2006c [1983]: Prices as Regulatory Instruments, in: Schelling, Thomas C. (Hrsg.), *Strategies of Commitment and other Essays*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 166-210.
- Schelling, Thomas C., 2006d [1995]: What do Economists know? in: Schelling, Thomas C. (Hrsg.), *Strategies of Commitment and other Essays*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 147-151.
- Schelling, Thomas C., 2009: *Ökonomische Vernunft und Politische Ethik*, übersetzt von Christof Wockenfuß und Ingo Pies, in: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 60, 495-519.
- Sen, Amartya K., 1999: Democracy as a Universal Value, in: *Journal of Democracy* 10, 3-17.
- Sobek, David/Abouharb, M. Rodwan/Ingram, Christopher G., 2006: The Human Rights Peace. How the Respect for Human Rights at Home Leads to Peace Abroad, in: *Journal of Politics* 68, 519-29.
- Stokke, Olav (Hrsg.), 1995: *Aid and Conditionality*. Portland und London: Frank Cass Publishers.
- Stoltenberg, Thorvald, 1989: Towards a World Development Strategy, in: Emmerij, Louis (Hrsg.), *One World or Several?* Paris: OECD.
- Suchanek, Andreas, 2001: *Ökonomische Ethik*. Stuttgart: UTB.
- Tullock, Gordon, 1987: *Autocracy*. Dordrecht, NL: Martinus Nijhoff.
- Turner, Thomas, 1997: Zaire. Flying High Above the Toads: Mobutu and Stalemated Democracy, in: Clark, John F./Gardiner, David E. (Hrsg.): *Political Reform in Francophone Africa*. Boulder, CO: Westview Press, 246-264.
- Ulrich, Peter, 2008: *Integrative Economic Ethics. Foundations of a Civilized Market Economy*. New York: Cambridge University Press.
- United Nations, 2000: *United Nations Millennium Declaration. A/Res/55/2*, New York.

- Wedel, Janine, 1998: *Collision and Collusion: The Strange Case of Western Aid to Eastern Europe, 1989-1998*. New York: St. Martin's Press.
- Williams, Andrew/Siddique, Abu, 2008: The Use (and Abuse) of Governance Indicators in Economics, in: *Economics of Governance* 9, 131-157.
- Wintrobe, Ronald, 1990: The Tinpot and the Totalitarian. An Economic Theory of Dictatorship, in: *American Political Science Review* 84, 849-872.
- Wintrobe, Ronald, 1998: *The Political Economy of Dictatorship*. New York: Cambridge University Press.
- Wintrobe, Ronald, 2001: How to Understand, and Deal with Dictatorship. An Economist's View, in: *Economics of Governance* 2, 35-58.
- Wockenfuß, Christof, 2007a: Gesetzliche Mindestlöhne und wissenschaftliche Politikberatung in den USA. in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, 33(4), 379-386.
- Wockenfuß, Christof, 2007b: Ökonomische Überlegungen zur Entstehung von Demokratie. Anmerkungen zum Buch von Daron Acemoglu und James A. Robinson 'Economic Origins of Dictatorship and Democracy', in: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 58, 262-265.

Diskussionspapiere<sup>60</sup>

- Nr. 2009-17 **Christof Wockenfuß**  
Demokratie durch Entwicklungskonkurrenz
- Nr. 2009-16 **Markus Beckmann**  
Rationale Irrationalität oder “Warum lehnen die Intellektuellen den Kapitalismus ab?”  
– Mises und Nozick als Impulsgeber für die ordonomische Rational-choice-Analyse  
von Sozialstruktur und Semantik
- Nr. 2009-15 **Markus Beckmann**  
The Social Case as a Business Case: Making Sense of Social Entrepreneurship from an  
Ordonomic Perspective
- Nr. 2009-14 **Stefan Hielscher**  
Morality as a Factor of Production: Moral Commitments as Strategic Risk Management
- Nr. 2009-13 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**  
Competitive Markets, Corporate Firms, and New Governance—An Ordonomic Con-  
ceptualization
- Nr. 2009-12 **Stefan Hielscher**  
Zum Argumentationsmodus von Wissenschaft in der Gesellschaft: Ludwig von Mises  
und der Liberalismus
- Nr. 2009-11 **Ingo Pies**  
Die Entwicklung der Unternehmensethik – Retrospektive und prospektive Betrachtun-  
gen aus Sicht der Ordonomik
- Nr. 2009-10 **Ingo Pies**  
Ludwig von Mises als Theoretiker des Liberalismus
- Nr. 2009-9 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der  
Ansatz von Ludwig von Mises
- Nr. 2009-8 **Markus Beckmann**  
Diagnosen der Moderne: North, Luhmann und mögliche Folgerungen für das Rational-  
Choice-Forschungsprogramm
- Nr. 2009-7 **Ingo Pies**  
Das ordonomische Forschungsprogramm
- Nr. 2009-6 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**  
Sozialstruktur und Semantik – Ordonomik als Forschungsprogramm in der modernen  
(Welt-)Gesellschaft
- Nr. 2009-5 **Ingo Pies**  
Hayeks Diagnose der Moderne – Lessons (to be) learnt für das ordonomische For-  
schungsprogramm
- Nr. 2009-4 **Ingo Pies**  
Wirtschaftsethik für die Schule
- Nr. 2009-3 **Stefan Hielscher**  
Moral als Produktionsfaktor: ein unternehmerischer Beitrag zum strategischen Risiko-  
management am Beispiel des Kruppischen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2009-2 **Ingo Pies**  
Wirtschaftspolitik, soziale Sicherung und ökonomische Ethik: drei ordonomische  
Kurzartikel und zwei Grundlagenreflexionen

<sup>60</sup> Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung/>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere ab 2003.

- Nr. 2009-1 **Ingo Pies**  
Wirtschafts- und Unternehmensethik in Halle – ein Interview und zwei Anhänge
- Nr. 2008-11 **Ingo Pies und Stefan Hielscher**  
Der systematische Ort der Zivilgesellschaft – Welche Rolle weist eine ökonomische Theorie der Moral zivilgesellschaftlichen Organisationen in der modernen Gesellschaft zu?
- Nr. 2008-10 **Ingo Pies und Stefan Hielscher**  
The Role of Corporate Citizens in Fighting Poverty: An Ordonomic Approach to Global Justice
- Nr. 2008-9 **Ingo Pies**  
Korruptionsprävention: Wie aktiviert man die Selbstheilungskräfte des Marktes?
- Nr. 2008-8 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz von Douglass North
- Nr. 2008-7 **Ingo Pies**  
Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch – Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem
- Nr. 2008-6 **Stefan Hielscher**  
Die Sachs-Easterly-Kontroverse: „Dissent on Development“ Revisited
- Nr. 2008-5 **Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Social Entrepreneurship und Ordnungspolitik:  
Zur Rolle gesellschaftlicher Change Agents am Beispiel des Kruppschen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2008-4 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Corporate Citizenship as Stakeholder Management:  
An Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2008-3 **Ingo Pies, Christof Wockenfuß**  
Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungspolitische Trade-Off überwinden?
- Nr. 2008-2 **Ingo Pies**  
Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2008-1 **Ingo Pies**  
Unternehmensethik für die Marktwirtschaft:  
Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-23 **Ingo Pies**  
Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2007-22 **Hans-Ulrich Zabel**  
Nachhaltigkeit mit ethischen Herausforderungen
- Nr. 2007-21 **Klaus Beckmann**  
Jon Elster und das Zeitinkonsistenz-Problem
- Nr. 2007-20 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre – Die „Principles for Responsible Management Education“ des UN Global Compact
- Nr. 2007-19 **Claus Offe**  
Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung  
Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa
- Nr. 2007-18 **Ingo Pies, Jörg Viebranz**  
Jon Elster und das Problem lokaler Gerechtigkeit



- Nr. 2007-17 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Jon Elster.
- Nr. 2007-16 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**  
Mind the Gap! – Ordonomische Überlegungen zur Sozialstruktur und Semantik moderner Governance
- Nr. 2007-15 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Theorie für die Praxis – Zehn Thesen zur wirtschafts- und unternehmensethischen Ausbildung von Führungskräften
- Nr. 2007-14 **Sabine Campe, Lothar Rieth**  
Wie können Corporate Citizens im Global Compact voneinander lernen? Bedingungen, Hemmnisse und Bewertungskriterien
- Nr. 2007-13 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**  
Wie können Corporate Citizens voneinander lernen? Anregungen für den Global Compact der Vereinten Nationen
- Nr. 2007-12 **Ingo Pies**  
Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-11 **Ingo Pies**  
Fragen und Antworten – Wie reagiert eine ökonomische Theorie der Moral auf die „Frequently Asked Questions“ zur Wirtschafts- und Unternehmensethik?
- Nr. 2007-10 **Johanna Brinkmann-Braun, Ingo Pies**  
The Global Compact’s Contribution to Global Governance Revisited
- Nr. 2007-9 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
The International Provision of Pharmaceuticals: A Comparison of Two Alternative Theoretical Strategies for Global Ethics
- Nr. 2007-8 **Markus Beckmann**  
NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung
- Nr. 2007-7 **Karl Homann**  
Moral oder ökonomisches Gesetz?
- Nr. 2007-6 **Markus Beckmann, Ingo Pies**  
Responsibility and Economics
- Nr. 2007-5 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
Das Problem weltmarktlicher Arzneimittelversorgung:  
Ein Vergleich alternativer Argumentationsstrategien für eine globale Ethik
- Nr. 2007-4 **Ingo Pies**  
Wie bekämpft man Korruption? – Lektionen der Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2007-3 **Markus Beckmann**  
Ökonomischer Ansatz und die Theorie des Self-Command bei Thomas Schelling
- Nr. 2007-2 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Thomas Schelling
- Nr. 2007-1 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**  
Das Problem der internationalen Arzneimittelversorgung: Eine wirtschaftsethische Perspektive

*Wirtschaftsethik-Studien*<sup>61</sup>

- Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**  
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbstverpflichtungen
- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**  
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**  
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**  
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**  
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals:  
Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**  
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

---

<sup>61</sup> Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.